

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

SGB-Maillard: Darum ist das BVG-Referendum so wichtig. Seite 5



So rechts ist Esther Friedli

In St. Gallen gilt die knallharte SVPLerin wegen ihres Berner Dialekts als «gmögig». Die Reportage. Seite 7

Streik! Trucker haben genug

Chauffeure aus Polen streiken in Deutschland. Das hat auch mit der Schweiz zu tun. Seite 9

Credit Suisse: War da was?

259 Milliarden Volksvermögen legt der Bundesrat auf den Spieltisch des internationalen Finanzcasinos. Die Bürgerlichen reden nur laut und spielen auf Zeit. Seiten 10-11

Pamela Silva Barrientos (26) und ihre Kolleginnen mobilisieren für den **14. Juni:**

«Respekt und mehr Lohn!»

Die Pharma-Assistentin erzählt aus ihrem Arbeitsalltag und sagt, was sie am Job besonders stört.

Und: So können am **Frauenstreik** alle aktiv werden.

Seiten 3 und 14-15



workedito
Anne-Sophie Zbinden

GELD FÜR GÖTTER

Nervosität beruhigen, Panik verhindern, Vertrauen zurückgewinnen, Zuversicht vermitteln, freie Entfaltung zulassen. Was nach der Beschwichtigung trotziger Kinder klingt, ist der Jargon, mit dem die Finanzwelt über ihre Märkte spricht. Und sich damit gleich selbst demontiert. Denn diese Aussagen stehen im krassen Widerspruch zur traditionellen Sichtweise der

Regieren per Notrecht gehört seit 100 Jahren zum bürgerlichen Staatsverständnis.

Finanzmärkte: Nach der klassischen Theorie über die Kapitalmärkte kann es gar keine nervösen

Märkte geben, weil der Markt ja vom Homo oeconomicus dominiert wird, vom stets logisch handelnden Menschen, der immer nach dem maximalen Nutzen strebt.

GÖTTER. Seit Jahrzehnten wird zwar auch in den Wirtschaftswissenschaften Kritik an dieser Sichtweise geübt – aber offenbar nur mit mässigem Erfolg. Stattdessen erscheinen die «Märkte» als von menschlichem Handeln losgelöste Götter, die es zu besänftigen gilt. Notfalls auch per Aushebelung der Demokratie. Und dies nicht erst seit dem Untergang der Credit Suisse. Denn das Regieren per Notrecht gehöre angesichts grosser Finanzkrisen seit bald 100 Jahren zum Staatsverständnis der bürgerlichen Politik, schreibt Philipp Müller in seiner historischen Einordnung des jüngsten Bankenfiaskos. Und er widerlegt die reine liberale Lehre anhand der bürgerlichen Parteien, die staatliche Eingriffe immer ablehnen – ausser sie dienen direkt den Interessen des Kapitals (Seiten 10 und 11).

LINDENPLATZ. Dass zu viel Marktgläubigkeit widerspruchsblind macht, zeigt auch der Banker, den work auf dem Zürcher Paradeplatz trifft. Obwohl er selbst keine 23 Franken 90 pro Stunde verdient, ist er gegen einen städtischen Mindestlohn, über den die Zürcherinnen und Zürcher im Juni abstimmen. Er arbeite bei einem Vermögensverwalter, da sei er «quasi selbständig, am Anfang verdient man fast nichts». Aber er habe vorgesorgt, und wer zu wenig verdiene, solle halt die Stelle wechseln. So einfach klingt das am Paradeplatz. Am Lindenplatz in Altstetten tönt's etwas anders. Die drei Buezer mussten sich mit Löhnen weit unter 23 Franken 90 durchschlagen, und finden deshalb: «Egal, welchen Job du hast: Der Lohn soll zum Leben reichen. Auch hier in der Stadt!» (Seite 4)

FEHL AM PLATZ. Auf dem Land wiederum geht's hoch zu und her. In Widnau SG macht SVP-Programmchefin Esther Friedli Wahlkampf, mit Schwyzerörgeli und SVP-Prominenz. Friedli will im Ständerat den Sitz von Gewerkschafter und SP-Mann Paul Rechsteiner übernehmen. Ausgerechnet! Sie, das nette Gesicht der Partei, aber stramm auf Sozialabbaukurs. Friedli stimmte für die Aushebelung kantonaler Mindestlöhne, für Steuer geschenke an Konzerne und für den leichteren Rauswurf von Mietenden bei «Eigenbedarf». Sie war gegen eine Deckelung der Krankenkassenprämien, gegen die Pflegeinitiative, gegen eine 13. AHV-Rente und sogar gegen den AHV-Teuerungsausgleich (Seite 7). Gopf Friedli!

Mondo-Sport-Chef Egger schwärmt von der 4-Tage-Woche: «Ein Gewinn für alle!»

Immer häufiger wechseln Schweizer Betriebe in die 4-Tage-Woche. Nun zieht auch der Detailhandel nach. Das Sportgeschäft Mondo in Murten FR macht den Anfang.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Dienstag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Ab Juni ist das Geschäft Mondo Sport in Murten FR nur noch an vier Tagen die Woche geöffnet. Am verkaufsschwächsten Tag, dem Donnerstag, bleiben die Türen geschlossen. Das Personal arbeitet vier Tage die Woche, erhält aber den vollen Lohn.

Die 4-Tage-Woche ist sein Erfolgsrezept gegen Personalmangel.

Inhaber Heinz Egger (55) sagt gegenüber work: «Ich habe über ein Jahr an den neuen Arbeits-

zeiten getüftelt. Dieser Schritt hat viel Mut gekostet.» Damit ist das Sportgeschäft der erste Betrieb im Detailhandel, der die Arbeitszeit reduziert, ohne die Löhne zu kürzen. «Die Vier-Tage-Woche ist für alle Beteiligten sinnvoll: für das Personal, für die Kundschaft und für mich als Geschäftsführer», sagt Egger. Die Mitarbeitenden hätten die Änderung sehr positiv aufgenommen. Wen wundert's! Doch Eggers 30köpfiges Team hat durchaus verschiedene Anliegen.

FÜR FAMILIE UND FREIZEIT

Etwa ein Drittel der Mitarbeitenden sind ältere Verkäuferinnen und Verkäufer mit viel Erfahrung. Doch sie stehen kurz vor der Pensionierung. Der zweite Drittel sind junge Mütter und Väter mit Verpflichtungen. Und der Rest sind Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger, die sich gern weiterbilden möchten. Patron Egger sagt: «Mein ganzes Personal gewinnt mit dem freien Tag. Einige sparen sich den Kita-Tag, andere investieren in eine Ausbildung oder haben schlicht mehr Freizeit – beispielsweise für Sport.»

Für Egger war der aktuelle Fachkräftemangel der Grund für die Arbeitszeitumstellung. «Bei Mondo Sport nehmen die Kundinnen und Kunden viel Geld in die Hand für ein neues Velo, eine Skiaus-



MACHT'S VOR: Im Sportgeschäft von Heinz Egger (55) stehen die Mitarbeitenden bald nur noch an 4 Tagen die Woche im Laden – bei vollem Lohn. FOTO: MARCO ZANONI

tung oder Laufschuhe. Und weil die Leute schon vorinformiert ins Geschäft kommen, verlangt das von unseren Verkäuferinnen und Verkäufern immer mehr Know-how», erklärt der Mondo-Chef. Folglich sei er auch in Zukunft auf gute Verkäuferinnen und Verkäufer angewiesen.

FACHKRÄFTE HALTEN

Schweizweit sind aktuell fast 12 000 Stellen im Detailhandel nicht besetzt. Noch prekärer ist die Situation im Baugewerbe, dort fehlen mehr als 13 000 Buezerinnen und Buezer. An der Spitze steht jedoch das Gesundheitswesen. Dort sind aktuell fast 16 000 Stellen frei. Tendenz steigend, denn monatlich verlassen rund 300 Pflegenden ihren Beruf.

Von diesem Personalabgang war auch das Regionalspital in Wetzikon ZH betroffen (work berichtete: [rebrand.ly/Notstand-Pflege](https://www.rebrand.ly/Notstand-Pflege)). Doch seit Anfang 2022 arbeiten die Wetziker Pflegerinnen und Pfleger anstatt 42 Stunden pro Woche noch knapp 38 Stunden. Der Lohn bleibt aber gleich. Laut dem Spital hat die Verkürzung der Arbeitszeit positive Effekte auf die Mitarbeitenden.

Zu den Vorreiterinnen in Sachen Arbeitszeitverkürzung gehört auch die Win-

terthurer Nagelfabrik «Nagli». Bereits seit 2016 wird dort nur noch an vier Tagen gearbeitet, bei vollem Lohn (work berichtete [rebrand.ly/WinterthurerNagli](https://www.rebrand.ly/WinterthurerNagli)). Auch weitere Betriebe folgen der Vier-Tage-Woche: Elektrobuden, Hotels und Buchhandlungen.

URGEGWERKSCHAFTLICHES ANLIEGEN

Die Verkürzung der Arbeitszeiten ist ein grosses Anliegen der Gewerkschaften. Auch am letztjährigen Unia-Kongress haben die Delegierten dazu Resolutionen verabschiedet. Unter anderem wurde eine gerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern gefordert. Diese kann erreicht werden, wenn die Normalarbeitszeit reduziert wird. Dabei muss aber der Lohn gleich bleiben.

Auch im Parlament ist die Arbeitszeit Thema. Jüngst mit der im März eingereichten Motion «Arbeitszeit verkürzen!» der SP-Nationalrätin Tamara Funicello. Sie fordert Massnahmen vom Bundesrat, um die Erwerbsarbeitszeit zu reduzieren. Auch Funicello schlägt das Vier-Tage-Modell vor. Dazu die Senkung der Wochenarbeitszeit von aktuell 41 Stunden auf 35 Stunden, wobei es besonders für jene mit tiefen und mittleren Löhnen keine Lohnkürzungen geben dürfe.



Sandra Künzi lebt und bügelt in Bern. Sie mag Jassen, Schafe, Feuer und Bier. Zurzeit bereitet sie sich und uns auf den Frauenstreik vom 14. Juni 2023 vor: Ahoi!

Für mehr Barbies an den Stromgitarren

Also mein Neffe Schorsch spielt E-Gitarre in der Schülerband. Dort hat's noch einen Keyboarder, einen Schlagzeuger und – Achtung – vier Sängerinnen. Vier! Mein Neffe nervt sich, weil die Sängerinnen Lieder auswählen, die den drei Jungs nicht gefallen. Aber der Lehrer (!) sagt, es müssten halt Lieder sein, die die Sängerinnen dann auch singen wollen. Dabei üben die Sängerinnen gar nie, sagt Schorsch: «Die sitzen einfach nur im Zimmer nebenan und schauen Barbiefilme.» Ich staunte: «Barbiefilme?» Ja, das seien Filme, in denen ein Opa mit einem Lamborghini zu einer Villa fahre, wo eine Tussi drin wohne. Ich wusste nicht, ob ich das glauben soll. Ich mein, es ist 2023 und Barbie kommt aus 1954 oder so. Ob denn keines von den vier Mädchen ein Instrument spiele, fragte ich. Das wisse er doch nicht, mit diesen Tussis könne man ja nicht reden. Ich habe den Verdacht, das Ganze läuft in eine zimli falsche Richtung, von wegen Frauenbild und so.

BIER. Aber dann kam eine neues Mädchen in die Schülerband, die E-Gitarre spielte (Green

Day), und mein Neffe drehte voll durch. Er war ganz durcheinander und wollte nicht mehr in die Schülerband. Ich rief den Lehrer an, und wir gingen ein Bier trinken. Er seufzte, es sei so schwierig. Entweder habe es zu wenig Melodieinstrumente in der Schülerband oder kein Schlagzeug, was dann immer bei Mani Matter ende. Oder die Mädchen wollten keine Instrumente spielen, auch wenn sie's könnten, und die Jungs sagen, sie können es, obwohl sie es nicht können. Und wenn dann mal ein Mädchen ein Instrument spiele, dann sei sie immer allein, weil die Jungs unter sich bleiben wollen, und er wisse auch nicht mehr weiter.

BAND. Dann begann er zu weinen, und ich habe ein bisschen gewartet. Er hatte toll lackierte Nägel. Sehr sexy. Und dann gingen wir in den Hardclub, wo eine hueregeile Band spielte, Trashmetal, mit einer Gitarristin, einer Bassistin und einem Drummer, ohne Gesang. Der Lehrer ging voll ab. Und ich auch. Und dann... es geht auch ohne Lamborghini. Und mein Neffe sagte, er gehe jetzt doch wieder in die Schülerband. Die Gitarristin sei super. Und eine der Tussis wolle jetzt Bass lernen wegen der Gitarristin. Und er, er sei jetzt der Sänger.



MEHR WERTSCHÄTZUNG! Unia-Mitglied Silva steht auf gegen schlechte Löhne, Drohungen und sexuelle Belästigung. FOTO: HENRIK OLOFSSON



Viel Verantwortung, wenig Lohn: Das will Pharma-Assistentin Pamela Silva Barrientos (26) ändern

«Wir verkaufen Medis, keine Täfeli»

In Lausanne bereiten sich die Frauen auf den grossen Streik vom 14. Juni vor. Mit dabei: Pharma-Assistentin Pamela Silva Barrientos. Sie verlangt höhere Branchenlöhne – und einen GAV gleich mit dazu!

DARIJA KNEŽEVIĆ

«Es fehlt die Wertschätzung für unseren Beruf!», sagt Pharma-Assistentin Pamela Silva Barrientos. Seit fast zehn Jahren arbeitet sie in einer Apotheke. Zuerst drei Jahre als Lernende und nun seit über sechs Jahren als ausgebildete Berufsfrau. An den schlechten Arbeitsbedingungen in ihrer Branche ändert sich aber seit Jahren nichts. Besonders viele junge Frauen sind als Pharma-Assistentinnen tätig, unter miserablen Umständen. Für Silva besonders ärgerlich: «Für das, was wir leisten, verdienen wir schlicht zu wenig!» Denn: ihre Arbeit bringt enorm viel Verantwortung mit sich. «Wir verkaufen Medikamente, keine Täfeli. Passiert uns ein Fehler, kann das richtig gefährlich werden», sagt die 26jährige.

work trifft die Pharma-Assistentin an einem stürmischen Nachmittage im Stadtkern von Lausanne. Genauer gesagt, auf der Place du 14-Juin, dem Platz des 14. Juni. Die ehemalige Place Saint-

Laurent wurde vor zwei Jahren umbenannt und erinnert seither an den ersten grossen Frauenstreik vom 14. Juni 1991. Eine Kirche, Restaurants, Kleidergeschäfte sowie eine Apotheke grenzen an den Platz. In einer ähnlichen Apotheke arbeitet auch Silva. Zum Treffen erscheint sie aber nicht im weissen Arbeitskittel, sondern in ihren schwarzen Alltagskleidern. Doch Silva ist auch ausserhalb der Apotheke passionierte Pharma-Assistentin. «Ich liebe den Beruf, aber es muss sich einiges ändern», sagt sie.

HÖHERER EINSTIEGSLONN

Nach Silvas Lehrabschluss lag der Einstiegslohn bei 3800 Franken brutto. Zwölfmal im Jahr. Dabei müssen die Pharma-Assistentinnen einiges auf dem Kasten haben. Sie beraten die Kundschaft zu diversen Beschwerden – sei es ein Hautausschlag,

«Ich liebe meinen Beruf, aber es muss sich einiges ändern.»

PAMELA SILVA BARRIENTOS, PHARMA-ASSISTENTIN

ein kratziger Hals oder eine fiese Pollenallergie. Doch das ist längst nicht alles. Sie kümmern sich zudem um die Medikamentenbestellungen, die Rezepte der Kundinnen und Kunden sowie um diverse Büroarbeiten wie Rechnungen schreiben oder Lieferungen koordinieren.

Silva jedenfalls fand ihren Einstiegslohn ungerecht tief. Dagegen hat sie sich in harzigen Lohngesprächen gewehrt. Heute ist sie mit ihrem Lohn zufrieden, doch für viele ihrer Berufskolleginnen bleibt die tiefe Entlohnung eine Last. Deshalb sind die Forderungen der Pharma-Assistentinnen für den Frauenstreik am kommenden 14. Juni klar: «Wir fordern einen Einstiegslohn nach der Lehre von 4300 Franken plus einen 13. Monatslohn. Und zwar für alle!»

FÜR EINEN KANTONALEN GAV

Dafür kämpfen die Pharma-Assistentinnen im Kanton Waadt gemeinsam. Nach dem Frauenstreik 2019 schloss sich ein Komitee aus Berufsleuten zusammen. Und dieses steckte sich ein hohes Ziel: einen kantonalen Gesamtarbeitsvertrag (GAV). Es wäre ein historischer Durchbruch. Noch

nie gab es einen flächendeckenden GAV für Pharma-Assistentinnen – weder kantonal noch national. Lediglich ein paar wenige Betriebe haben mit Gewerkschaften Verträge abgeschlossen. Aber ein Branchen-GAV, der gleiche Regeln für alle etabliert, fehlt. Für Silva ein unhaltbarer Zustand: «Ein GAV würde nicht nur unsere Löhne und unsere Arbeitsbedingungen verbessern, sondern auch das Image des Berufs. Und wir würden auch endlich mehr Wertschätzung bekommen.»

Ein GAV ist aber nicht leicht gemacht. Und Silvas Komitee hat mit einer zusätzlichen Herausforderung zu kämpfen: der hohen Fluktuation. Viele der jungen Frauen verlassen den Beruf, weil die Löhne auch nach Jahren tief bleiben und das Weiterbildungsangebot nur begrenzt ist. Wer zum Beispiel zur Apothekerin aufsteigen möchte, muss ein langes Pharmaziestudium auf sich nehmen. Das wirkt sich auch im gewerkschaftlichen Engagement aus: Im Komitee kommt es zu vielen Wechseln. Davon lässt sich Silva aber nicht entmutigen. Es sei ihr ein Anliegen, den Beruf und die Bedingungen zu verbessern.

«JEDE FRAU ZÄHLT!»

Schliesslich sind die tiefen Löhne nicht das einzige Problem. Pharma-Assistentinnen erleben bei ihrer Arbeit immer wieder Respektlosigkeiten. Silva erzählt: «Es gibt aggressive Kundinnen und Kunden. Bei der Arbeit werden wir bedroht oder erleben Sexismus.» Erst kürzlich habe es eine Berufskollegin getroffen. Ein Kunde habe sie nach Feierabend in der Apotheke abgepasst und sexuell belästigt.

Und auch in den Apotheken selbst komme es regelmässig zu Zwischenfällen: «Wenn zum Beispiel ein Medikament fehlt, werden wir bedroht oder beleidigt.» Das muss endlich aufhören, fordern Silva und ihr Komitee. Damit der Frauenstreik am 14. Juni richtig gross wird, rührt Silva fleissig die Werbetrommel. Sie sagt: «Ich ermutige alle Pharma-Assistentinnen, sich beim nächsten Unia-Büro zu melden und den Streik mitzugestalten. Jede Frau zählt!»

Im **Unia-Video-Countdown** erzählen die Pharma-Assistentin Silva und weitere Berufsfrauen aus der ganzen Schweiz, warum sie am 14. Juni auf die Strasse gehen. Reinschauen auf: unia.ch/countdown-frauenstreik.

Geballte Kritik an Katar

KIGALI (RWA). Die Fussballweltmeisterschaft 2022 in Katar hat für migrantische Arbeiterinnen und Arbeiter vor Ort kurzfristig die Arbeitsbedingungen verbessert. Doch anlässlich des Fifa-Kongresses in Kigali (Ruanda) zogen internationale Bau- und Industriegewerkschaften eine vernichtende Bilanz: Kaum war der Fussballzirkus abgezogen, seien die Arbeitsrechtreformen auf Eis gelegt worden. Die Unternehmen könnten wieder schalten und walten, wie ihnen beliebt. Auch der Austausch mit den internationalen Gewerkschaften sei abrupt eingestellt worden.

Mega-Streik der Jungärzte

LONDON. In Grossbritannien stellen Zehntausende Ärztinnen und Ärzte mit einem mehrtägigen Streik das Gesundheitssystem auf den Kopf. Bis zu 350 000 Untersuchungen, Behandlungen und Operationen mussten abgesagt werden. Die Gewerkschaft British Medical Association (BMA) fordert



NICHT GENUG! Die jungen Docs verdienen weniger als 16 Franken die Stunde. FOTO: BMA

35 Prozent mehr Lohn für junge Ärztinnen und Ärzte. Das sei nötig, um Reallohnverluste zu verhindern. Zurzeit verdienen Jungärztinnen und -ärzte in Grossbritannien umgerechnet rund 16 Franken pro Stunde. Und damit weniger als Baristas!

Stress als Berufskrankheit

BERN. Am Arbeitsplatz erleben Lohnabhängige zunehmend Stress, was wiederum zu Erkrankungen führt. Solche Krankheiten werden heute von der Krankenversicherung bezahlt – und somit grösstenteils von der Allgemeinheit. Damit soll Schluss sein, fordert SP-Nationalrat Baptiste Hurni. Gemeinsam mit der Unia will er mit einer parlamentarischen Initiative dafür sorgen, dass Stresserkrankungen am Arbeitsplatz leichter als Berufskrankheiten anerkannt werden. Damit würde der Versicherungsschutz für Betroffene verbessert und die Unternehmen stärker in die Pflicht genommen.

Überstunden-Zwang im KV

ZÜRICH. Der Kaufmännische Verband hat eine Umfrage bei Lehrgängerinnen und Lehrgängern durchgeführt und dabei Bedenkliches herausgefunden. Demnach müssen über 60 Prozent der KV-Lernenden Überstunden leisten. 20 Prozent der Befragten gaben zudem an, dass sie unfreiwillig länger im Büro bleiben müssen. Bei 7 Prozent kommt es sogar wöchentlich zu unfreiwilligen Überstunden. Der Verband zeigt sich besorgt, weil Lernende mit Arbeit und Schule bereits eine Doppelbelastung haben.

Frauenstreikzahl:

4466,55 Franken

zahlt eine Frau in der Zeit von 12 bis 50 Jahren für Menstruationsprodukte. Für diese gilt eine Mehrwertsteuer von 7,7%. Zum Vergleich: Beim Potenzmittel Viagra sind es 2,5%. Immerhin: Vier Jahre nach dem Nationalrat hat nun endlich auch der Ständerat beschlossen, den Steuersatz für Tampons, Binden etc. auf 2,5% zu senken.

Frontalieri-Protest wirkt: Mehr Büezer-Züge nach Brig

Jeden Tag pendeln über 1000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger von Domodossola nach Brig. Ihre Züge sind meist überfüllt. Jetzt handelt die BLS. Auch dank der Unia – und einer spektakulären Aktion!

JONAS KOMPOSCH

Grad tiftig war die BLS nicht unterwegs. Seit 2017 kritisiert die Unia Oberwallis die unhaltbaren Zustände im Pendlerverkehr zwischen Domodossola (I) und Brig. Regelmässig sind die Züge überfüllt. Eine Zumutung für die Frontalieri aus Italien. Stehend und gedrängt wie Büchensardinen müssen sie sich in die Schweiz verfrachten lassen. Eine halbe Stunde dauert die Fahrt. Jetzt endlich hat das Bahnunternehmen geliefert: Ab dem

Eines Morgens ging gar nichts mehr. Frustriert blockierten Hunderte den Zugverkehr.

1. Mai verkehren auf der Simplonstrecke Zusatzzüge. Konkret wird dem Morgenzug von 5.58 Uhr ab Domodossola sechs Minuten später ein zweiter Pendlerzug hinterherjagen. Und am Abend entlastet in Brig ein Zusatzzug um 17.34 Uhr den bestehenden Feierabendzug um 17.20 Uhr.

ABHÄNGIGE WIRTSCHAFT

«Für uns Grenzgängerinnen und Grenzgänger ist das eine enorme Entlastung», sagt dazu Eduart Braka. Der Unia-Bau-Sekretär wohnt selbst in «Domo». Zusammen mit



«DOMO»-BRIG, RETOUR: Auch Unia-Bau-Sekretär Eduart Braka fährt täglich diese Strecke – in Zukunft hoffentlich mit weniger Ausfällen und weniger «Gstung». FOTO: ZVG

über 1000 anderen Frontalieri pendelt er täglich ins Wallis. Früher war Braka als Zimmermann tätig und gehörte damit zur grössten Grenzgängergruppe, den Bauleuten. Aber auch die Walliser Gastro- und die Reinigungsbranche würden ohne Arbeitskräfte aus Italien kollabieren. Genauso wie die Industrie. Braka sagt: «Allein die Lonza in Visp hat 100 Frontalieri!»

Sind die beiden Zusatzzüge also überhaupt genug? Immerhin ist ab der nahenden Bausaison mit einem erhöhten Pedleraufkommen zu rechnen. «Wir werden die Situation genau beobachten und notfalls erneut einschreiten», versichert Braka. Eine besondere Intervention war schon letzten September nötig.

GLEISE BLOCKIERT

An einem Freitag fiel der Morgenzug ab Domodossola komplett aus. Und der nächste Zug war viel zu kurz, um alle Reisenden aufzunehmen. Das war zu viel! Kurzerhand besetzten Hunderte Frontalieri die Gleise und blockierten aus Protest den gesamten Zugverkehr. Die BLS versprach Besserung. Und auch die Kantonsregierung machte vorwärts. Sie finanziert die neuen Zusatzzüge zusammen mit der Agenzia della Mobilità Piemontese.

Pikantes Detail: Schon vor einem Jahr hatte im Kantonsparlament ein überparteiliches dringliches Postulat mehr Zugverbindungen verlangt. Dies auch deshalb, weil die Frontalieri mitten in der Corona-Hochphase die Sicherheitsabstände unmöglich einhalten konnten. Die Parlamentsmehrheit stimmte zu. Keinen Handlungsbedarf sahen dagegen die SVP und die Unterwalliser Mittefraktion.



HARTES PFLASTER: Zürich gehört zu den teuersten Städten weltweit. Trotzdem müssen hier 17 000 Menschen mit einem Bruttolohn von weniger als 4000 Franken auskommen. Die Mindestlohninitiative der Gewerkschaften würde das ändern. FOTO: KEYSTONE

Was halten die Zürcherinnen und Zürcher von einem Mindestlohn? work hat sie gefragt.

Eine Stadt, eine Abstimmung, ein Mindestlohn

Die Stadt Zürich stimmt am 18. Juni über einen Mindestlohn von 23.90 Franken pro Stunde ab. Jetzt zeigt ein Augenschein vor Ort: Die Idee kommt bei den meisten gut an.

CHRISTIAN EGG

«Für uns Büezer wird's schwieriger», sagt einer der drei Männer und nimmt einen Schluck aus seiner Mineralflasche. Die anderen nicken. «Egal, welchen Job du hast: der Lohn soll zum Leben reichen. Auch hier in der Stadt!»

Die drei sitzen in der Nachmittagssonne am Lindenplatz in Zürich Altstetten. In dem Quartier am westlichen Rand der Stadt, durchschnitt von Autobahn und Bahngleisen, leben so viele Menschen wie nirgends sonst in Zürich. Hier will work wissen, wie die Idee eines Mindestlohns von 23 Franken 90 pro Stunde ankommt. Darüber stimmt die Stadt am 18. Juni ab (siehe Text unten).

ZÜRCHER STRASSENBAUER

Die drei am Lindenplatz sind sich einig: Ja, unbedingt. Der eine, Italo-Schweizer in dritter Generation und gelernter Strassenbauer, sagt mit Nachdruck: «Heute werden

viele vom System versklavt.» Sein Kollege, Maler von Beruf, ergänzt: «Ein Mindestlohn wäre nicht die Lösung für alle Probleme – aber ein Schritt in die richtige Richtung.» Schliesslich, so der Strassenbauer, sei Zürich eine der reichsten Städte der Welt: «Wir könnten uns noch viel mehr leisten als 23.90!»

ARMUT VERHINDERN

Die drei, alle um die 50, kennen sich schon ihr Leben lang. Sie seien zusammen in die Schule gegangen, hier im Quartier, und wohnten immer noch alle in Altstetten. Tiefe Löhne kennen sie nicht nur vom Hörensagen. Der dritte, blonder Stoppelbart und Schiebermütze, erzählt: Nach der Gärtnerlehre habe er zwischendurch als Handlanger gearbeitet, für 3500 Franken pro Monat. Er sagt: «Ein Mindestlohn verhindert, dass Menschen in die Armut abrutschen, obwohl sie voll arbeiten.»

Oder im Alter, fügt er hinzu. Seine Grossmutter zum Beispiel, die müsse mit einer AHV-Rente von 2300 Franken auskommen. Aus der Pensionskasse gebe es nur ein paar Franken, weil diese erst Mitte der 80er Jahre obligatorisch wurde. 1200 Franken koste die Grossmutter allein die Miete.

VIEL ARBEIT, WENIG LOHN

Auf einem Parkplatz stehen vier junge Frauen und ein Mann, alle in Coop-Arbeitskleidern: Zigarettenpause, bald müssen sie wieder an die Kasse. Haben sie schon von der Mindestlohn-Abstimmung im Juni gehört? Die fünf schauen sich an. Dann sagt eine: «Sorry, wir

dürfen – äh, wir möchten dazu nichts sagen.» Vor der Brasserie am Lindenplatz wartet eine blonde Frau mit Sonnenbrille und modischem Mantel. Auch sie entschuldigt sich. Ihr Deutsch sei nicht so gut, Italienisch oder Spanisch wäre besser. Trotzdem will sie etwas sagen: Ja, sie sei für den Mindestlohn – «das Leben ist teuer!» Sie sei seit einem Jahr pensioniert, zuletzt habe sie Schulhäuser geputzt, für einen anständigen Lohn. Aber davor, als Zimmermädchen in einem Hotel, das sei ganz schwierig gewesen: «Viel Arbeit, wenig Lohn.»

«SELBER SCHULD!»

Wenig Lohn hat jetzt auch der Banker, den work über Mittag am Paradeplatz anspricht. Er ist 59, vor ein paar Jahren fiel er einem Personalabbau zum Opfer. «In einer Bank behalten sie dich nicht bis 65, das wissen alle.» Darum habe er von Anfang an finanziell vorgesorgt. Wer das nicht tue, sei «selber schuld». Jetzt arbeite er bei einem Vermögensverwalter, da sei er «quasi selbständig, am Anfang verdient man fast nichts. Viel weniger als 23.90 pro Stunde!» Trotzdem sei er gegen einen Mindestlohn, sagt der Mann im weissen Hemd. Als einziger der von work an diesem Nachmittag Befragten. «Das verteuert die Arbeit. Tiefe Löhne sind gut für die Firmen! Wer wenig verdient und sich daran stört, soll halt die Stelle wechseln.»

Am Lindenplatz schliesst eine Drogistin ihr Velo auf. Feierabend. Sie sei für den Mindestlohn, sagt die Frau um die 30. Allerdings befürchte sie, dass viele Betriebe die Lohnkosten dann auf die Preise überwälzen würden.

Mindestlohn: Es geht vorwärts!

Fünf Kantone haben den Mindestlohn schon, in sechs weiteren laufen Unterschriftensammlungen. Und Winterthur und Zürich stimmen über eine städtische Lohnuntergrenze ab.

Alleine in der Stadt Zürich müssen rund 17000 Menschen mit weniger als 4000 Franken Bruttolohn pro Monat auskommen – obwohl sie 100 Prozent arbeiten. Am 18. Juni können die Zürcherinnen und Zürcher dem ein Ende setzen: Sie stimmen über einen Kompromiss des Stadtparlaments ab, der per Gesetz einen Mindestlohn von 23 Franken 90 pro Stunde festlegen will. Kompromiss deshalb, weil Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren vom Mindestlohn ausgenom-

men sind. Und weil ihn KMU in «schwieriger wirtschaftlicher Lage» erst zwei Jahre später einführen müssen.

OHNE ABSTRICHE. Dass es jetzt zur Abstimmung kommt, ist das Verdienst von Gewerkschaften, fortschrittlichen Parteien und

Mit einem Ja wären Winterthur und Zürich die ersten unter den Schweizer Städten.

Hilfswerken. Sie hatten einen Mindestlohn ohne Ausnahmen gefordert. Diese Initiative dann aber zurückgezogen, um den Kompromiss zu ermöglichen. Auch in der Stadt Winterthur

hatte die Allianz die gleiche Initiative eingereicht. Weil dort ein Gegenvorschlag scheiterte,



kommt die Initiative ohne Einschränkungen zur Abstimmung. Mit einem Ja würden die beiden Städte Neuland betreten. Auf Kantonsebene gibt es ihn jedoch bereits: Und zwar in den

Kantonen **Basel-Stadt, Genf, Neuenburg, Jura und Tessin.** Und sie bewahren sich. So gingen im Kanton Neuenburg nach der Einführung die Löhne, auch die höheren, nach oben, die Arbeitslosigkeit sank.

VON LIESTAL BIS HERISAU. Vorwärts geht's in sechs anderen Kantonen: Im Januar haben die Unia in **Baselland** und ein Bündnis (inklusive Unia) im **Wallis** je eine Mindestlohn-Volksinitiative gestartet. Und in der Ostschweiz fordern die Gewerkschaften mit einer Petition ebenfalls einen Mindestlohn für **St. Gallen, Thurgau** und beide **Appenzell.** In allen sechs Kantonen läuft derzeit die Unterschriftensammlung. (che)

SGB-Chef Pierre-Yves Maillard zur Rentenpolitik von SVP, FDP, GLP und Mitte

«Sie wollen schlicht keine Solidarität!»

Pierre-Yves Maillard hat als SGB-Chef und SP-Nationalrat die Debatte um die BVG-Revision geprägt. Im work-Interview erklärt er, wie die Bürgerlichen aus einer halbwegs sozialverträglichen Revisionsvorlage eine milliardenteure Abbauvorlage gezimmert haben. Und warum.

CLEMENS STUDER

work: Pierre-Yves Maillard, statt wenigstens die grössten Fehlentwicklungen im BVG zu korrigieren, hat die Mehrheit des Parlaments eine Vorlage verabschiedet, bei der alle mehr bezahlen und weniger erhalten. Wie ist es so weit gekommen?

Pierre-Yves Maillard: Auf den Punkt gebracht: SVP, FDP, GLP und Mitte haben dem Kompromiss der Gewerkschaften und der Arbeitgeber, den der Bundesrat zu seiner Vorlage gemacht hat, den Kern rausoperiert. Sie haben die Umlage- und So-

BVG: FAKTEN & HINTERGRÜNDE

work hat die BVG-Revision von Anfang an journalistisch begleitet und aufgearbeitet. Vertiefte Informationen und noch mehr Zahlen gibt es hier: workzeitung.ch/bvg-revision.

liditätskomponente eliminiert. Nun stehen wir vor einer Senkung der Renten und einer Erhöhung der Beiträge. Das ist inakzeptabel.

Was heisst das konkret?

Wir haben die Senkung des Umwandlungssatzes im BVG-Obligatorium immer für falsch gehalten. Aber wir haben mit den Arbeitgebern einen Kompromiss ausgehandelt. Dieser hätte ein bisschen Solidarität in der zweiten Säule eingeführt. Er hätte die Senkung des Umwandlungssatzes im Obligatorium ausgeglichen und kleine Renten sofort verbessert. Finanziert worden wäre dies durch 0,5 Prozent der Lohnsumme bis zu einem Jahreslohn von 860 000 Franken. Das haben SVP, FDP, GLP und Mitte bekämpft. Für sie ist undenkbar, dass die Reichen ein bisschen mehr bezahlen. Ihr Prinzip lautet: «Alle zahlen, nur die Reichen nicht!» Sie wollen keine Solidarität. So einfach ist das.

Bisher griffen die Rechten «nur» die AHV an. Jetzt scheinen sie auch die zweite Säule ins Visier zu nehmen. Was ist da geschehen? Für Banken und Versicherungen und die Wirtschaftsverbände war die AHV schon immer des Teufels. Darum haben sie schon immer versucht, sie zu schwächen. Jetzt gehen sie einen Schritt weiter und schwächen auch die Pensionskassen. Der Grund ist einfach: Mit der privaten dritten Säule können sie noch mehr verdienen. Mit ihrem Fundamentalwiderstand, in der zweiten Säule einen Solidaritätsanteil einzuführen, wollen SVP, FDP, GLP, und Mitte die Gewinnspannen der Finanzindustrie sichern.

Aber das BVG ist doch für die Finanzindustrie bereits heute eine Milliarden-Geschäft. Ja, und das wird es bei einer Annahme der vorliegenden Vorlage auch weiterhin bleiben. Banken und Versicherungen machen mit unseren Altersguthaben enorme Profite. Jährlich sollen jetzt noch weitere 2,2 Milliarden Franken an Lohnbeiträgen in das System fliessen. Und das – man kann es nicht genug betonen – für schlechtere Renten. Die Rechte versucht also, die BVG-Leistungen weiter zu schwächen, die Menschen sollen Dritte-Säule-Produkte erwerben.

Was bedeutet das für die Lohnabhängigen? SGB-Expertinnen haben schon 2021 die gesamten Beiträge an die AHV verglichen mit den Summen, die Lohnabhängige in einen Fonds der privaten



PIERRE-YVES MAILLARD: «Banken und Versicherungen machen mit unseren Altersguthaben enorme Profite.» FOTO: MARCO ZANONI

Vorsorge einbezahlen müssten, um die gleiche Rente wie in der AHV zu erhalten. Resultat: 90 Prozent der Bevölkerung haben dank der AHV viel mehr Geld zum Leben als bei einer privaten Vorsorge. Weil ein Franken für die AHV mehr Rente generiert als ein Franken für die private Vorsorge. Konkretes Beispiel: Ein Ehepaar mit zwei Kindern, er Lagerist, sie Fachfrau Gesundheit, müsste während seines Arbeitslebens jeden Monat zusätzlich 1006 Franken einzahlen, um eine Rente aus einem privaten Fonds in AHV-Höhe zu erhalten (Preise 2020). Solche Beiträge sind für Normalverdienende illusorisch. Erst recht in Zeiten steigender Inflation, steigender Wohnkosten und steigenden Krankenkassenprämien.

Die rechten Parteien behaupten, die Gewerkschaften würden die Menschen unnötig verunsichern und die Rentensenkungen übertreiben, schliesslich seien «nur» 15 Prozent der Arbeitnehmenden ausschliesslich im BVG-Obligatorium versichert.

Gegenfrage: Wenn diese Reform keine Auswirkungen hat, warum wollen die Bürgerlichen sie denn machen? Die Senkung des Umwandlungssatzes soll laut ihren Aussagen den ungerechtfertigten Transfer von den Erwerbstätigen zu den Rentnerinnen und Rentnern stoppen. Die bürgerlichen Parteien schätzen diesen selber auf mehrere Milliarden. Das zeigt doch, dass die Senkung des Umwandlungssatzes massive Auswirkungen auf die Renten haben wird. Die Hälfte des Kapitals der Pensionskassen stammt aus

dem obligatorischen Teil des BVG. Darum sind alle Versicherten von dieser Reform betroffen.

Nach der BVG-Reform werden wir im März 2024 auch über die gewerkschaftliche Initiative für eine 13. AHV-Rente abstimmen.

Das werden spannende Abstimmungstage – und ganz entscheidende für das Leben der Mehrheit der Menschen in diesem Land! Es wird darum gehen, ob alle, die ein Leben lang hart gearbeitet haben, auch im Alter ein Leben in Würde führen können. Oder ob ein gutes Leben im Alter noch mehr zum Privileg der oberen Zehntausend wird, die dank Abzockerlöhnen und steuerfreien Millionenerbschaften frühzeitig in Rente gehen können.

BVG-Referendum: Jetzt gleich unterschreiben!

Seit dem 31. März sammeln Gewerkschaften und fortschrittliche Parteien Unterschriften gegen den BVG-Rentenabbau.

Dieser work-Ausgabe liegt ein Unterschriftenbogen bei. Am besten gleich unterzeichnen und auch noch Familie, Freundinnen und Nachbarn unterschreiben lassen. Und ab die Post. Unterschreiben können Sie übrigens auch unter diesem Link: rebrand.ly/rentenabbau-nein.



work
Kommentar
Clemens Studer

DIE GLP UND DAS LÄSTIGE VOLK

Seit der «Tages-Anzeiger» sein Kolumnen-Team noch weiter Richtung Sozialabbau gerückt hat, darf auch Kathrin Bertschy schreiben. Die GLP-Nationalrätin ist «Alliance F»-Co-Präsidentin und – wie wir in ihrer neusten Kolumne erfahren – neidisch auf den französischen Präsidenten Emmanuel Macron. Der steckt bekanntlich gerade sein Land in Brand, weil er einen riesigen Rentenklauplant. Nicht nur am Volk, sondern auch am Parlament vorbei.

DIE «SCHWACHEN». Diese Art von Rentenpolitik imponiert Bertschy: «In Frankreich ist es einfach, etwas durchzusetzen.» Und sie hadert mit unserer Demokratie: «In unserem direktdemo-

Die GLP macht Politik für jene mit drei Mal mehr Vermögen als alle anderen zusammen.

krate System hat hingegen stets die Stimmbevölkerung das letzte Wort. Bei uns muss sich zuerst

eine Mehrheit der Parteien zusammenraufen und dann die Bevölkerung überzeugen. Seit 20 Jahren hat das nicht mehr funktioniert.» Das findet Bertschy total störend und daneben, denn «Reformen zugunsten demographisch schwacher Gruppen haben es schwer. Selbst wenn sie gerecht wären.» Schauen wir mal, was «demographisch schwach» bedeutet: Zu den soziodemographischen Merkmalen gehören etwa Alter, Geschlecht, Bildung, ethnische Zugehörigkeit, Familienstand, Haushalt, Beschäftigung, Einkommen und Vermögen. Je mehr Menschen ein Merkmal aufweisen, desto «stärker» ist die entsprechende Gruppe. Über ihre tatsächliche Macht, etwas durchzusetzen, sagt das erst einmal nichts aus.

ISLÄNDERINNEN. Zum Beispiel können ein Viertel der in der Schweiz lebenden Menschen nicht abstimmen und wählen, weil sie keinen Schweizer Pass haben. 25 Prozent ist eine demographisch starke Gruppe. Hingegen ist die Gruppe der Menschen mit mehr als 10 Milliarden Franken Vermögen demographisch sehr schwach. Laut «Bilanz» sind es gerade mal 17 Personen oder Clans. Da ist zum Beispiel die Gruppe der ständig in der Schweiz lebenden Isländerinnen und Isländer demographisch schon stärker: 499 waren es per Ende 2021 laut Bundesamt für Statistik. Demographisch noch viel stärker sind die unter oder an der Armutsgrenze lebenden Rentnerinnen und Rentner: laut Pro Senectute 300 000 Menschen

WELCHE «SCHWACHEN»? Die «Schwachen», für die sich die GLP einsetzt, sind die «demographisch schwachen» 10 Prozent, die drei Mal mehr Vermögen haben als die anderen 90 Prozent zusammen. Und es sind die «demographisch schwachen» Abzocker-Manager, die im Jahr 307 Mal mehr kassieren als die Mitarbeitenden mit dem tiefsten Lohn im Unternehmen. Also solche «Schwache» wie CS-Verwaltungsrat und Roche-CEO Severin Schwan 2021. Emmanuel Macron wird die GLP-Fanpost nicht gelesen haben. Alle, die in der Schweiz abstimmen und wählen können, sollten sie sich allerdings gut merken.



DUBIOSES TREIBEN: Die meisten grossen Baufirmen haben das Eisenlegen ausgelagert – oft an zweifelhafte Kleinbuden mit häufig wechselnden Namen. SYMBOLBILD: ADOBE STOCK

Nach Jahren der brutalen Preisdrückerei und Schwarzarbeit: Genfer Eisenleger sagen «Mafia-System» den Kampf an

Dutzende Eisenleger in Genf warten seit Monaten auf ihre Löhne. Jetzt wurden mehrere Baustellen gesperrt. Und die Búezer gehen in die Offensive.

JONAS KOMPOSCH

Das gab es seit Jahren nicht mehr. Über 50 Eisenleger verschiedener Genfer Firmen trafen sich zu einer Krisensitzung. Es ist der 23. März. Die Stimmung ist bitterernst. Der Grund: Viele der Männer sind fast pleite. Teils schon über drei Monate warten sie auf ihre Löhne. Andere von ihnen werden zwar noch bezahlt, aber weit unter dem Mindestlohn, der im Landesmantelvertrag fürs Bauhauptgewerbe (LMV) vorgeschrieben ist. Wieder andere stehen ganz ohne Arbeit da. Denn ihre Chefs haben sich aus dem Staub gemacht, nachdem mehrere ihrer Baustellen gesperrt worden waren. In den vergangenen Wochen nämlich hatten Baustellenkontrolleure der paritätischen Kommission gleich mehrmals kurzen Prozess gemacht. Fast immer wegen Schwarzarbeit in Kombination mit illegalem Aufenthalt.

Einer der betroffenen Arbeiter ist Raif Shkodra*. Der Ko-

sovare arbeitet seit 2012 in der Schweiz – schwarz. Er sagt: «Es ist immer das gleiche mit den Eisenlegerfirmen: Sie nutzen unsere Situation aus. Ich zum Beispiel war Teamleiter, wurde aber wie ein Hilfsarbeiter bezahlt. Und mein Lohn war oft tiefer als auf der Abrechnung ausgewiesen.» Tatsächlich ist es für die Schwarzarbeiter schwierig, sich zu wehren. Wer sich etwa an die Behörden wendet, muss mit Strafen und einem Landesverweis rechnen. Das wissen die Dumping-Firmen ganz genau. Aber nicht nur sie.

GROSSE DRÜCKEN PREIS

Überall, wo betoniert wird, braucht es Armierungseisen. Ein riesiges Geschäftsfeld, könnte man meinen. Doch die Margen sind tief, der Konkurrenzkampf brutal. Schon vor zwanzig Jahren haben die grossen Baufirmen das Eisenlegen fast komplett ausgelagert – oft an zweifelhafte Kleinbuden mit häufig wechselnden Namen und langen Konkurs- und Betrugsgeschichten. Die Genfer Unia spricht von einem «mafiosen System». Doch bloss auf die Lumpenbuden zu zeigen sei falsch, sagt José Sebastião. Er ist Bausekretär bei der Unia und betreut mit den Gewerkschaften Syna und SIT die Genfer

* Name geändert

Eisenleger. Er sagt: «Um GAV-Löhne und Sozialabgaben zahlen zu können, müsste eine Eisenlegerfirma zwischen 700 und 1000 Franken pro Tonne Eisen verlangen.» Heute aber zahl-

«Als Teamleiter wurde ich bezahlt wie ein Hilfsarbeiter.»

EISENLEGER RAIF SHKODRA

ten die Generalunternehmen bloss zwischen 200 und 400 Franken pro Tonne. Leidtragende seien die letzten Glieder der Kette – die Genfer Eisenleger. Wie prekär es um sie steht, haben die drei Gewerkschaften kürzlich berechnet: Fast 80 Prozent haben demnach keinen regulären Aufenthaltsstatus. Ein horrender Wert! Doch nach den jüngsten Ereignissen könnte sich das Blatt endlich wenden.

KOMMT EIN STREIK?

Noch am Abend des 23. März haben die vereinigten Eisenleger Genfs eine Resolution und einen ausführlichen Forderungskatalog verabschiedet (siehe Box). Darin betonen sie: «Wir mandatieren die Gewerkschaften zur Organisation jeder nützlichen Kampfmassnahme (...) einschliesslich einer Streikbewegung.»

Und die Arbeitgeber, haben sie den Schuss gehört? Nicola Rufenfer ist Generalsekretär des

Eisenleger fordern: Fertig Auslagerung!

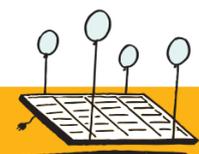
Gut 50 Eisenleger von verschiedenen Genfer Firmen haben am 23. März ein Kollektiv gegründet und eine Resolution verabschiedet. Darin fordern sie:

- Reintegration der Eisenleger in die Generalbauunternehmen.
- Stop aller Zahlungen an die vertragsbrüchigen Eisenlegerbuden, bis die Arbeiter zu ihrem Recht gekommen sind.
- Sofortige Einberufung einer Krisensitzung mit Arbeitgebern und Gewerkschaften unter Obhut der Kantonsregierung.
- Intervention des Regierungsrats beim Staatssekretariat für Migration, um für die geprellten Eisenleger eine Aufenthaltserlaubnis auszuhandeln.

Die ganze Resolution gibt es unter rebrand.ly/eisenleger.

Genfer Verbands der Bauberufe (FMB). Er kann den Forderungen der Eisenleger wenig abgewinnen. Eine Reintegration des Eisenlegens in die Generalbauunternehmen sei «sehr kompliziert», sagte er zur Westschweizer Unia-Zeitung «L'événement syndical». Überhaupt solle man die Generalunternehmen nicht «stigmatisieren». Und die kleinen Eisenlegerfirmen garantieren ausnahmslos, die Regeln zu respektieren. Man habe «keine andere Lösung, als ihnen zu vertrauen».

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Alpine Solarparks: Warum sieht Energieminister Albert Rösti nach 100 Tagen fünf Jahre älter aus?

Wenn die Organisation der erdölexportierenden Länder Opec die Preise erhöhen will, reduzieren die Scheichs die Förderquoten. Das gleiche machen die Konzerne Axpo, Alpiq, BKW & Co. beim Strom. Dabei könnten wir den Boni-Stromern mit alpinen Solaranlagen heute schon das Abzocker-Handwerk legen.

Eigentlich sind in der Schweiz 90 Prozent der Anlagen zur Produktion und Verteilung von Strom in den Händen der öffentlichen Hand. Nur werden die matchentscheidenden Gesellschaften längst durch Boni-Stromer regiert und manipuliert. Die kantonalen Parlamente und die Kantonsregierungen haben nichts mehr zu sagen. Genauer: sie wollen nichts mehr zu sagen haben. Bestes Beispiel: Thomas Sieber, der neue VR-Präsident des Stromriesen Axpo, ist für den Bau von neuen Atomkraftwerken. Der grösste Aktionär der Axpo ist der Kanton Zürich. Dort ist der zuständige Regierungsrat ein Grüner.

In ganz Europa geht die Post ab in Richtung neue erneuerbare Energien. Nur in der Schweiz passiert wenig bis nichts. Alle spielen die Gelähmten und zeigen mit ihren Fingern auf die anderen, die alles blockieren würden.

Fakt ist jedenfalls, dass die Stromkonzerne wegen der kriegsbedingten Strommangellage Geld wie Heu machen. Die Strompreise würden nur fallen, wenn es einen Strompreisdeckel oder genügend Strom gäbe. Beides wollen die Boni-Stromer aber verhindern.

Deshalb sind Tausende von Arbeitsplätzen in der stromintensiven Schweizer Aluminium- und Metallindustrie in Gefahr. Gehen



ZWEIMAL RÖSTI: Als Noch-nicht-Bundesrat (l.) und als Energie- und Umweltminister. FOTOS: KEYSTONE

an Standorten wie Gerlafingen SO oder Steg VS also bald die Öfen aus? Nur damit Unternehmen wie die BKW Milliardengewinne schreiben und ihre Boni-Stromer Milliardengewinne scheffeln können?

VISPOTAL SOLAR. Folgen wir der Spur des Geldes und nehmen wir das Projekt «Vispotal Solar». Hier könnte man locker 1,2 Milliarden Kilowattstunden Solarstrom produzieren. Davon die eine Hälfte im Sommer und die andere im Winter.

Das gehe nicht, behaupten sie jetzt bei der Netzbetreiberin Swissgrid. Wenn auch nur hinter den Kulissen. Der Strom könne nämlich nicht abgeleitet werden, meinen sie. Und sogar



grüne Journalisten verbreiten diesen Unsinn auf allen Kanälen. Verkommt die Grüne Partei bald zur Wasserträgerin der Atomlobby, weil sie auf der Solar-Bremse steht?

Fakt ist jedenfalls: Der Industriestandort Visp mit dem Pharmariesen Lonza als Flaggschiff ist der grösste Verbraucher von Strom und Gas in der Schweiz. Wenn man diesen Industriestandort mit Solarenergie kostengünstig klimaneutral macht, werden europäisch gesehen (und nur darauf kommt es an!) 100 000 Tonnen CO₂ weniger in die Luft geblasen. Die Bausteine einer Lösung: **Baustein 1:** Mit einer Leistung von 600 Megawatt können wir locker die notwendigen 1,2 Milliarden Kilowattstunden Strom produ-

zieren, die Visp braucht. Und wenn wir Industrie-Wärmepumpen einsetzen, könnte man auch noch 100 Millionen Megawattstunden Strom ins nahe Steg liefern, wo in den Hochöfen umweltfreundlich Aluminium wiederverwertet wird.

Baustein 2: In der Lonza selber kann man Energie-Sandspeicher bauen, dank denen man Schlechtwetterphasen problemlos überbrücken kann.

Baustein 3: In den Solarfeldern müsste der Tag-und-Nacht-Ausgleich dezentral mit Batterien sichergestellt werden. 3 Millionen Kilowattstunden Speicherkapazität reichen aus.

Baustein 4: Mit 16 Hochspannungstromkabeln könnte man den Strom nach Visp und Steg transportieren, ohne die Netze der Netzgesellschaften Swissgrid oder Valgrid zu belasten.

Der Industriestrom kann so verbrauchsnah für 5 Rappen pro Kilowattstunde produziert werden. Einschliesslich Solarzins für die Gemeinden, die die Anlagen betreiben. Für Projekte wie «Vispotal Solar» würden 30 und nicht 60 Prozent Subventionen ausreichen.

Vorteil 1: Diese Lösung belastet die Leitungen der Jammeri-Netzgesellschaften Swissgrid und Valgrid nicht. Umgekehrt wird der Strom nicht mit ihren teuren Gebühren belastet.

Vorteil 2: Wer 100 000 Tonnen CO₂ einspart, kann diese europäisch locker für mindestens 20 Millionen Franken pro Jahr meistbietend verkaufen.

Das heisst: Unserem dauergestressten Energieminister Albert Rösti, der nach hundert Tagen im Amt schon fünf Jahre älter aussieht, kann also geholfen werden. Falls er überhaupt Hilfe sucht.

Ständeratswahlen St. Gallen: SP-Frau Barbara Gysi vs. SVP-Frau Esther Friedli

Blochers treue Soldatin



NEUES SÜNNELI AM SVP-HIMMEL: Ständeratskandidatin Esther Friedli gilt als das freundliche Gesicht der SVP. Doch an einem Wahlkampf Anlass in Widnau SG (kleines Bild) musste sie sich jetzt als echte Parteisoldatin beweisen. FOTOS: KEYSTONE, ZVG

Mit Gewerkschafter Paul Rechsteiner hatte St. Gallen einen der fortschrittlichsten Ständeräte überhaupt. Jetzt droht die Kehrtwende. Wie, zeigt ein SVP-Anlass in der äussersten Ostschweiz.

JONAS KOMPOSCH

Ein kahler Security gestikuliert zur Schwyzerörgeli-Formation auf der Bühne. «Nomol eine!» gibt er zu verstehen. Und schon hauen die «Hendermoos Bueba» wieder in die Tasten. Schliesslich sind die Ehrengäste noch nicht parat, der Saal aber schon rappellvoll. An die 500 Stühle sind besetzt, Grauhaarige dominieren. Aber auch Familien sind da und Gruppen junger Erwachsener. Ein strammer Bursche im Edelweiss-hömmli bringt Bier. Freude herrscht. Und Spannung. Denn jeden Moment muss er kommen: «De Christoph», wie die meisten hier sagen, oder «Herr Altbundesrat Doktor Blocher». Gemeint ist derselbe, der Übervater und nach wie vor unbestrittene Führer der Schweizerischen Volkspartei. Er ist der Stargast am heutigen Abend. Seinetwegen stauen sich vor dem Hotel Metropol in Widnau SG Porsche Cayenne, VW Golf und Subaru Impresas. Dabei geht es gar nicht um den 82-jährigen Multimilliardär, sondern um Esther Friedli (45), zumindest offiziell.

TONI BRUNNERS REVANCHE

Die SVP-Programmmchefin will nämlich vom National- in den Ständerat wechseln. Und damit jenen Sitz erobern, den der langjährige Gewerkschaftsbundschef Paul Rechsteiner 2011 in einer Sensationswahl der CVP abgerungen hat. Den Kürzeren zog damals, zum zweiten Mal, SVP-Präsident Toni Brunner. Nun ist Rechsteiner nach 36 Parlamentsjahren zurückgetreten. Und Brunner wittert eine Chance auf Revanche. Richten soll's diesmal seine langjährige Lebenspartnerin – Esther Friedli. Die gebürtige Bernerin steht hoch im Kurs. Schon im ersten Wahlgang am 12. März stimmten 44 Prozent für sie. Die Zweitplatzierte Susanne Vincenz-Stauffacher (FDP) erreichte nicht halb so viele Stimmen. Je gut 17 Prozent stauten die Nationalrätinnen Barbara Gysi (SP) und Franziska Ryser (Grüne) ab. Nun kommt es am

30. April zum Duell. Gysi gegen Friedli, links gegen rechts. Für die lohnabhängigen Wahlberechtigten eigentlich ein klarer Fall: Da ist einmal Barbara Gysi, ausgebildete Lehrerin und Sozialarbeiterin, ehemalige Vizestadtpräsidentin von Wil und seit 2012 Präsidentin des St. Galler Gewerkschaftsbunds. Und da ist Esther Friedli.

HARTRECHTE EX-CVPLERIN

Die studierte Politologin ist heute PR-Beraterin (u. a. von Roger Köppel) und Lobbyistin (u. a. für den Wirtverband). Lieber aber präsentiert sie sich als Toggenburger Bäuerin und Gastronomin. Im Parlament jedenfalls vertritt die bekehrte Ex-CVplerin

Friedli stimmte zuletzt gegen eine 13. AHV-Rente und für die Aushebelung von kantonalen Mindestlöhnen.

zuverlässig die Interessen der Reichen und Mächtigen. So stimmte sie zuletzt für die Aushebelung kantonaler Mindestlöhne, für Steuergeschenke an Schiffahrtskonzern und für den leichteren Rauswurf von Mietenden bei «Eigenbedarf». Gleichzeitig war Friedli gegen eine Deckelung der Krankenkassenprämien, gegen die Pflegeinitiative, gegen eine 13. AHV-Rente und sogar gegen den AHV-Teuerungsausgleich. Trotzdem geht sie als klare Favoritin ins Rennen. Denn nicht nur die FDP weilt für sie, auch der mächtige Bauernverband von Mitte-Mann Markus Ritter tut es. Der erste Applaus gilt trotzdem nicht ihr, sondern «Christoph», der jetzt den Saal betritt.

«EIFACH GEIL»

Unzählige Handys schiessen in die Höhe, wie an einem Pop-Konzert. Und schon schreitet der zweite Promi herein. Ueli Maurer! Er begrüsst uns mit einem grellen Jauchzer. «Eifach geil!» ruft die Sitznachbarin links vom work-Reporter. Die offensichtlich gut betuchte Mittvierzigerin ist mit ihrem Partner gekommen, Typ Businessman. Auch seine Augen leuchten. Die Dame rechterhand dagegen findet Maurer «eher schräg». Sie sei wegen Blocher hier. Aber auch, weil sie als Witwe und Rentnerin einsam sei. Und Italienerin sei sie ja auch noch, «aber im Rheintal geboren!». Schon ihre Eltern hätten hier in einer Fabrik gearbeitet, doch als Pen-

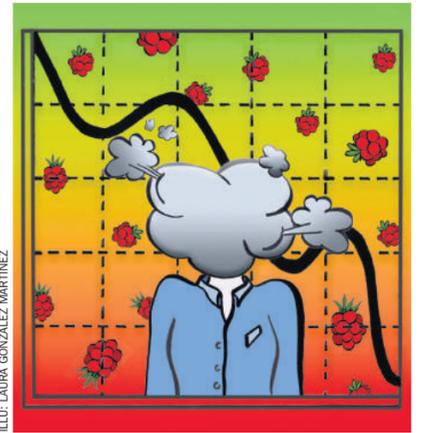
sionierte wieder nach Italien zurückmüssen. «Weil ihre Rente zu tief war für die Schweiz.»

Dann tritt Roland Büchel auf die Bühne. Der Nationalrat aus dem nahen Altstätten dankt der Presse «schon jetzt für eine positive Berichterstattung». Als Witz ist es nicht gemeint, die Leute lachen trotzdem. Und schon übernimmt Moderator Mihajlo Mrakic. «Michi wie viel?!» entfährt es der Sitznachbarin linkerhand. «De Jugo vo dä FDP», erklärt ihr Mann. Tatsächlich war der 21-jährige Sohn bosnisch-serbischer Einwanderer lange der Hoffnungsträger des St. Galler Freisinns. Doch letzten Februar lief er zur Sünneli-Partei über – und macht seither steile Karriere. «Liebi SVP-Familie», fängt er an, reißt ein paar Altherrenwitze und ruft endlich Friedli auf die Bühne.

HETZE IST TRUMPF

Ihre Rede ist abgelesen und alles andere als ein Feuerwerk, aber solid. Und vor allem kurz. Friedli weiss, dass sie bloss die zweite Geige spielt, höchstens. Was für sie heute zählt, ist allein der Vertrauensaufbau. Denn die PR-Frau hat sich bisher erfolgreich als freundliches Gesicht der Partei verkauft, ja sogar als «moderate» SVplerin. Dem Publikum in Widnau dagegen muss sie zeigen, dass sie tatsächlich eine treue Parteisoldatin ist. Also spricht sie von «Liebe zur Heimat», von der «Unterjochung unter die EU» oder vom «Regulierungswahn» gegen Bürger und Firmen. Der Saal klatscht brav. Dann endlich kommt der Zeremonienmeister aus Herrliberg.

Schon sein «Liebi Fraue und Manne» bringt die Fans in Fahrt. Und er legt los: Ob verstopfte Strassen, überfüllte Spitäler oder teure Mieten – schuld seien «Ausländer» und «Flüchtlinge». «Jawohl!» und «genau!» kommentiert's aus der Menge. «Verdammti Sauerei!» ruft sogar die Sitznachbarin links. Die italienische Rentnerin dagegen weint – auch dann noch, als schon Ueli Maurer weiterhetzt. «Bei uns kann ja jeder kommen!» behauptet er. Oder dass über die Ostgrenze gar «keine echten Flüchtlinge» kämen, sondern Migranten, die Teil «krimineller Organisationen» seien. Das Thema zieht wie kein zweites. Der Saal kocht, Riesenapplaus, klirrende Bierflaschen. Kurz vor Schluss darf Friedli nochmals kurz ran. Sie versichert: «Diesem Thema werde ich mich sehr explizit annehmen.» Man ist zufrieden. Der Apéro ist eröffnet.



Laura und die Reklamationen

Ich stand eines Morgens im Lager und schnitt in Windeseile den Zopf am Meter und war mit meinen Gedanken schon bei der nächsten Aufgabe. Als meine Vorgesetzte mit hochrotem Kopf neben mir stand und aus den Ohren rauchte. Was los sei, fragte ich. «Nichts.» Um die Rauchschwaden zu besänftigen, erwähnte ich irgend-



Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

was Banales. Die Taktik, sie mit dem Wetter abzulenken, funktionierte nicht. Sie explodierte, und zwar total: Man kann es niemandem recht machen! Und das ständig! Die Kundschaft beschwert sich, dass wir das und jenes nicht mehr haben. Warum wir im Winter keine Beeren anbieten oder Limetten gerade nicht lieferbar sind. Dass wir Verkäuferinnen weder das Sortiment, die Lieferzeiten, das saisonale Geschäft noch die vier Jahreszeiten beeinflussen können, wollen diese Kundinnen

Mit jeder Reklamation rasen wir in der internen Rangliste abwärts.

und Kunden nicht hören. Was Konsequenzen für uns hat. Wenn unzufriedene Kundschaft sich beim Kundendienst beschwert, beschwert sich dieser wiederum bei uns. Und wir rasen mit jeder Reklamation in der internen Rankingliste abwärts, tief in den roten Bereich. Ja, da hat meine Chefin recht, der Druck ist enorm. Und wir können es nie allen recht machen. Manches ist einfach so, wie es ist. Punkt.

ROLLI-CHRAMPF. Ich kenne das nur zu gut. Meistens nehme ich die Lieferung an und steuere mit mehreren schwerbeladenen Rollis durch den klitzekleinen Verkaufsraum. Und das will geübt sein, das sage ich euch. Mittlerweile sind der Chauffeur und ich ein eingespieltes Team, und das Prozedere geht maximal 10 Minuten. Vorausgesetzt, es kommt nichts dazwischen: zum Beispiel ein umgekippter Rolli auf der Rampe oder eine ganze Fussballmannschaft im Gang. Jedesmal kriege ich von der Kundschaft zu hören, dass ich im Weg stehe. Zur Erinnerung: Das hier ist auch ein Arbeitsplatz!

HEISSE LUFT. Ganz ehrlich: hätte ich Superkräfte, würde ich die Rollis ins Lager beamten, und wir hätten das ganze Jahr über Beeren. Das Brot hätte ich mit einem Augenzwinkern eingepackt und eingeräumt. Ich stünde niemandem im Weg, und meine Vorgesetzte hätte keine schlaflosen Nächte. Einiges wäre leichter. Superkräfte haben wir aber nicht. Hinter den gefüllten Regalen steckt harte Arbeit, in der Logistik arbeiten ganz viele Superheldinnen Tag und Nacht daran, dass alles funktioniert. Oft habe ich das Gefühl, das geht vergessen. Etwas mehr Wertschätzung und Verständnis wäre schön, wäre nötig. Nötig sind auch die Rückmeldungen, das ist klar, nur so können wir gewisse Dinge verbessern. Aber manchmal sind sie auch nur heisse Luft.

Service public I: Schluss mit EU-Sparpolitik

Nach der Finanzkrise von 2008 verordnete die EU drastische Kürzungsprogramme im Service public. Und daran werde sich auch künftig nichts ändern, prophezeite die renommierte EU-Expertin Vivien Schmidt noch Anfang 2020: «Wir können (...) nicht erwarten, dass die EU-Stabilitätsregeln rückgängig gemacht werden, die so stark in der Praxis verankert sind und immer wieder angepriesen werden.» Doch nur wenige Wo-



Roland Erne war Chemielaborant und GBI-Jugendsekretär. Seit 2017 ist er Professor für Europäische Integration und Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.

chen später suspendierten die EU-Kommission und die EU-Regierungschefs den angeblich sakrosankten EU-Stabilitätspakt. Offensichtlich kamen sie zum Schluss, dass die EU die Corona-Pandemie kaum überstünde, würden sie mit der gleichen Kürzungspolitik auf die Covid-Krise reagieren wie damals auf die Finanzkrise.

ABFEDERN. Zudem ermöglichte die EU mit dem Kurzarbeitsprogramm «Sure» den Firmen, ihre Mitarbeitenden auch während der Lockdowns im Betrieb zu halten. Und das Europäische Parlament

Trotz Corona-Fonds sind die Tage antisozialer Rezepte nicht gezählt.

und der Ministerrat schufen einen EU-Fonds: die Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF). Der Fonds soll mit Zuschüssen (360 Milliarden Euro) und Darlehen (312 Milliarden Euro) die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Pandemie abfedern.

Genauso wie die EU-Notkredite für Länder wie Irland, Rumänien oder Griechenland während der Finanzkrise von 2008 sind auch die ARF-Zahlungen an Bedingungen geknüpft. Im Gegensatz zu 2008 müssen sich die Empfängerstaaten zwar nicht mehr dazu verpflichten, bei den Löhnen, den Sozialausgaben und beim Service public zu kürzen. Dennoch musste jede Regierung einen ARF-Plan vorlegen und darin Schritt für Schritt ausführen, wie sie die wirtschaftspolitischen Rezepte der EU-Kommission und der EU-Finanzminister umsetzen wird. Die EU bezahlt ARF-Leistungen in Tranchen aus, nach dem Erreichen der vereinbarten Etappenziele.

UMWANDELN. Die ARF-Gelder sollen zwar auch den sozialen Zusammenhalt stärken sowie den ökologischen und den digitalen Wandel vorantreiben. Doch trotz Pandemie und Care-Krise müssen die EU-Länder keine Mindestbeiträge für soziale Massnahmen einplanen. Sie dürfen die EU-Gelder auch nicht für Personalausgaben verwenden, zum Beispiel für das Pflegepersonal. Dagegen müssen sie mindestens 20 Prozent der EU-Gelder in die digitale Infrastruktur investieren, und dies, obwohl Apple, Intel, Google & Co. kaum zu den Verlierern der Pandemie gezählt werden können. Die Gewerkschaften konnten sich zwar im Kampf um die EU-Mindestlohnrichtlinie durchsetzen, die Lobbyisten der IT-Industrie «Digital Europe» behielten in diesem Bereich aber die Oberhand.

Auch wenn sich die EU – zumindest vorläufig – von ihrer Sparpolitik verabschiedet hat, bedeutet dies nicht, dass die Tage antisozialer Rezepte gezählt sind.

Spanien: Nach 1345 Tagen ist der längste Streik Europas beendet Endlich Sieg! Endlich mehr Lohn!

Genau drei Jahre und acht Monate streikten die Arbeitenden des Apotheken-Zulieferers Novaltia. Das macht sich jetzt bezahlt: mit 9500 Euro Entschädigung, Lohnerhöhungen plus 60 Ferientagen.

RALF STRECK, DONOSTIA/SAN SEBASTIÁN
Die 20 Beschäftigten der Logistikfirma Novaltia jubeln und fallen sich in die Arme: Nach 1345 Tagen ist der längste Streik Europas endlich vorbei! Die Warnwesten der Novaltia-Beschäftigten fliegen in die Luft, als die Ergebnisse der Verhandlungen am Sitz der Gewerkschaft

«Manchmal ist das Unmögliche eben doch möglich!»

NOVALTIA-ARBEITER IBAI CARRANZA

Baskische Arbeitersolidarität (ELA) in Bilbao Ende März verkündet werden.

GEWERKSCHAFT IM RÜCKEN

«Endlich!» sagt Cheflogistiker Ibai Carranza (37) zu work. Er ist Mitglied der Personalkommission bei Novaltia. «Niemand hatte einen so langen Streik erwartet und gewollt, doch das Ergebnis zeigt, dass das Unmögliche manchmal doch möglich ist», fügt er an. «Wir sind erleichtert!»

Novaltia gehört einem Zusammenschluss von Apotheken, die sich von Novaltia beliefern lassen. Der Ausstand mit täglichen Protesten vor Mitgliedsapotheken sei hart gewesen. Vor allem die letzten Monate. Gewerkschafter Carranza: «Wir wussten nicht, ob es noch eine Lösung geben würde.» Zweifel kamen auf. 2019 waren drei Viertel der Beschäftigten in der Logistik in der Novaltia-Filiale in der baskischen Provinz Biskaya in den Streik getreten (work be-



RIESIGE ERLEICHTERUNG: Nach nervenaufreibenden 1345 Tagen Arbeitskampf können die Novaltia-Streikenden endlich jubeln. FOTO: ZVG

richtete: rebrand.ly/novaltia). Sie forderten Lohnverbesserungen und wieder einen eigenen Gesamtarbeitsvertrag. Zentral war die Forderung nach der Abschaffung der doppelten Lohnskala. Denn die hatte neue Beschäftigte gegenüber Mitarbeitenden, die schon länger angestellt waren, deutlich benachteiligt. Dass es unterschiedliche Löhne für die gleiche Arbeit gab, wollte auch Cheflogistiker Ibai Carranza nicht hinnehmen, obwohl er besser verdient. «Um keinen Preis wollten wir abbrechen.» Und so finanzierte die Gewerkschaft ELA über ihre Streikkasse

den drei Jahre und acht Monate dauernden Ausstand.

BIS 70 PROZENT MEHR LOHN

Das Resultat kann sich sehen lassen. Insbesondere die Tiefelöhne wurden markant angehoben. Zum Beispiel derjenige von Lagerarbeiterin Helka Fernández. Sie musste vor dem Streik in dem für spanische Verhältnisse teuren Bilbao von 927 Euro im Monat leben. «An die Gründung einer Familie brauchte ich nicht mal zu denken», sagt die 31-jährige. «Dafür sollte ich sogar am Wochenende antreten, ohne Zuschlag.» Das hatte für sie

das Fass zum Überlaufen gebracht. Sie wurde Streikführerin. Jetzt erhält Fernández einen Jahreslohn von 22000 Euro, ausbezahlt in 14 Monatslöhnen zu je 1607 Euro, wie es in Spanien üblich ist.

«Mit meinem Lohn brauchte ich an eine Familiengründung gar nicht zu denken.»

STREIKFÜHRERIN HELKA FERNÁNDEZ

Auch die Löhne für Besserverdienende wie Ibai Carranza steigen um fast 27 Prozent.

Zudem wurde der hauseigene Gesamtarbeitsvertrag wieder in Kraft gesetzt. Die in ganz Spanien tätige Novaltia hatte dem Baskenland den schlechten spanischen Gesamtarbeitsvertrag aufgezogen. Das war über eine Arbeitsmarktreform der rechten Regierung unter Präsident Mariano Rajoy möglich geworden. Der lange Streik war aber auch nötig, da die sozialdemokratischen Nachfolgerinnen und Nachfolger Versprechen zum Trotz die Reform nicht gestrichen, sondern nur leicht abgeändert haben. Arbeitgeberverbände jubelten, weil die Verschlechterung der Rechte der Arbeitenden im Kern erhalten wurde.

FIRMA FÜLLT STREIKKASSE

Novaltia zahlt den Streikenden zudem fast 9500 Euro Entschädigung. Damit gehen wohl viele in die verdienten Ferien, denn sie bekamen rückwirkend auch noch 60 Ferientage zugestanden. Novaltia hat sich ausserdem verpflichtet, keine Repressalien gegen die Streikenden einzusetzen wie Versetzungen oder Kündigungen, die weiterhin einfach und billig möglich sind.

Wichtig war für die Streikenden auch, dass die Firma für jeden Streiktag einen symbolischen Euro an die ELA-Streikkasse zahlt. Ohne sie wäre der Langzeitstreik unmöglich gewesen, sind sich die Beschäftigten einig.

Frankreich: Mitten im Rentenstreik wählt der CGT eine neue Chefin Binet, Sophie Binet

Zum ersten Mal seit 1895 wählte die französische Grossgewerkschaft CGT eine Frau an ihre Spitze. Wer ist die Feministin, vor der Präsident Emmanuel Macron zittert?

OLIVER FAHRNI

Morgens kurz vor fünf geschah das Unerwartete: Die 942 Delegierten der Dicker, Verkäuferinnen, Baubüezer, Lehrerinnen, Metallschmelzer, Verwaltungsan-

Sophie Binets Credo heisst: «Klassen-Feminismus».

gestellten, Müllarbeiter, Journalistinnen, LKW-Fahrer, Eisenbahner und anderer Berufe erhoben sich und feierten Sophie Binet (41) als neue Generalsekretärin des Gewerkschaftsbundes CGT.

Kaum jemand hatte Binet auf dem Radar. Die Erziehungsberaterin leitete die Gewerkschaft der Kader («Weisskragen») und war in der CGT für Gleichstellung und den Kampf gegen sexistische Gewalt zustän-

dig. Kein Job, mit dem man sich in dieser immer noch männerlastigen Organisation Lorbeeren erwirbt. Ihr Credo, in Buchform veröffentlicht, heisst «Klassen-Feminismus». Feminismus im Klassenkampf. Am Kongress sah man, wie sie im grünen Pulli die rauhen Männer von der CGT Energie um die Schultern fasste und mit ihnen das Kampflied anstimmte: «Macron, bei dir wird es bald zappenduster.»

STREIT ÜBER STRATEGIE

CGT-Kongresse sind nichts für zarte Gemüter. Über strategische Ausrichtungen wird heftig, laut und ausdauernd gestritten. Besonders in Zeiten, da die CGT im grössten sozialen Konflikt seit 50 Jahren gegen Präsident Macrons Rentenreform steht. Der 53. Kongress begann denn auch mit einem Knall: Die Delegierten lehnten den Rechenschaftsbericht des bisherigen Generalsekretärs Philippe Martinez ab. Seine Kritiker (Indus-



DIE NEUE: CGT-Präsidentin Sophie Binet. FOTO: KEYSTONE

benennen.» Taktisch klug hat Binet in ihre Leitungsgruppe auch die Radikalen eingebunden. Doch gleichzeitig wird sie, wie Philippe Martinez, die Bündnisse mit anderen Gewerkschaften und den ökologischen Organisationen vertiefen.

KORB FÜR BORNE

Nur drei Tage nach ihrer Wahl führte sie eine Delegation aller Gewerkschaften zu Premierministerin Elisabeth Borne. Den Matignon-Palast kannte Binet von früher: 2006 hatte sie hier als Sprecherin der Studentenproteste gegen ein Dumpinggesetz für Berufseinsteigerinnen und -einsteiger interveniert. Erfolgreich. Als jetzt Macrons Regierungschefin nicht über den Rückzug der Rentenreform sprechen wollte, trat Binet bereits nach wenigen Minuten draussen vor die Medien: «Wir haben hier nichts zu diskutieren, bis die Rentenverschlechterung vom Tisch ist.»



TOTALSTILLSTAND: Mehr als 60 LKW-Fahrer weigern sich weiterzufahren, bis sie ihre Löhne erhalten haben. Ohne das Geld stehen sie und ihre Familien vor dem Nichts. FOTO: MICHAEL SCHICK

Trucker-Aufruhr in Deutschland, Italien und der Schweiz

Lastwagenfahrer im Spontan-Streik

Ausbeutung ist auf Europas Strassen Alltag. Doch jetzt wehren sich die Trucker einer polnischen Firma. Über 60 von ihnen harren auf einer Raststätte bei Darmstadt aus – bis ihre Löhne bezahlt sind.

DANIEL BEHRUZI, DARMSTADT

«Wir wollen unser Geld», sagt Giorgi Gelaschwili*. Der 22-jährige LKW-Fahrer aus Georgien befindet sich mit über 60 seiner Kollegen in Grafenhausen bei Darmstadt. Die blauen Laster der polnischen Firmengruppe Mazur parkieren in einer langen Reihe auf dem Autobahnrastplatz, und das schon seit drei Wochen. Die Beschäftigten wollen nicht weiterfahren, bis ihr Chef die Löhne zahlt, die er ihnen schuldet. Bei Gelaschwili geht es um 3500 Euro, bei anderen sind es bis zu 5000 Euro – für die Fahrer aus Georgien, Usbekistan und Tadschikistan sehr viel Geld. Sie brauchen es dringend, um ihre Familien in der Heimat zu unterstützen.

VERSAMMLUNG IN BASEL

Begonnen hat es mit der plötzlichen Ansage des Arbeitgebers, den Sonntag nicht mehr zu bezahlen. Dabei liegt der Lohn ohnehin

Streiks in Deutschland: Rollt die Protestwelle bald weiter?

Im Kampf um mehr Lohn im öffentlichen Dienst haben sich in den letzten Wochen mehr als 500 000 Beschäftigte an Warnstreiks beteiligt. Höhepunkt war der Mega-Streik vom 27. März, der den gesamten Verkehrssektor lahmlegte (work berichtete: rebrand.ly/mega-streik). Knackpunkt ist die Forderung nach einem Mindestbetrag von 500 Euro mehr im Monat, der die unteren Lohngruppen besserstellt.

ZWANGSPAUSE. Ende März sind die Tarifverhandlungen nun gescheitert. Dennoch müssen die Gewerkschaften eine Streikpause einlegen. Die Arbeitgeber haben die Schlichtung angerufen, während deren nicht gestreikt werden darf. Scheitert der Vermittlungsversuch allerdings, droht erstmals seit 31 Jahren eine weitere Streikrunde – ein sogenannter Erzwingungsstreik – im öffentlichen Dienst. (dab)

weit unter dem deutschen Mindestlohn, der auch den osteuropäischen Fahrerinnen und Fahrern zusteht. Diese stoppen daraufhin und kommen an verschiedenen Raststätten zusammen, auch in Südtirol und in der Nähe von Basel. Grigol Beridze* berichtet: «Wir sind ständig per SMS bedroht worden.» Er stand mit elf weiteren Fahrern in der Schweiz. «Drei haben sich bequatschen lassen und sind weitergefahren. Das versprochene Geld haben sie nie erhalten.» Die anderen sind nach Darmstadt weitergezogen. Der Fünfzigjährige fährt sonst jede Woche auf wechselnden Routen durch die Schweiz. Unter den Empfängern seiner Lieferungen: das Coop-Verteilzentrum in Niederbottigen bei Bern und das Post-Briefzentrum in Zürich Mülligen.

Der aus Tbilissi stammende Beridze ist seit fünf Jahren im Unternehmen. Er verdient 89 Euro am Tag – einschliesslich Spesen. Neueingestellte erhielten nur 75 bis 80 Euro. «Wir alle hier haben Familien, Kinder, Enkel. Manche haben Angst, dass sie von der Bank aus dem Haus gejagt werden.» Denn seit Streikbeginn verweigere das Unternehmen Lohnzahlungen auch für die bereits geleistete Arbeit. Badri Giorgadze*, der zehn Tage im norditalienischen Vipiteno stand, macht sich ebenfalls Sorgen. Seiner Frau hat er gesagt, sie solle versuchen, bei der Bank einen Kredit aufzunehmen, damit sie und die zwei Kinder die Zeit überstünden. Ob das klappt, weiss er nicht. Und auch nicht, ob er seinen Lohn doch noch erhält, von dem er den Kredit zurückzahlen könnte. Von seinem Chef hat er jedenfalls die Schnauze voll. «Ich bin zwei Jahre in der Firma, und es gab immer nur Probleme.» Jetzt wehrt er sich.

MIT PANZER GEGEN PROTEST

Unterstützt werden die Fahrer von Aktiven der niederländischen Gewerkschaft FNV und des Beratungsnetzwerks «Faire Mobilität» des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB). Mit ihrer Hilfe haben sie Verhandlungen mit dem Chef der Mazur-Gruppe aufgenommen. Dieser bot jedem Fahrer 1000 Euro, dafür müssten sie die LKW herausgeben. Als diese ablehnten, setzt der Unternehmer auf Gewalt: Am 7. April fährt eine Truppe der polnischen Security-Firma «Rutkowski Patrol» vor – mit schussicheren Westen und im ge-



UNGLEICHE MITTEL: Die Fahrer fordern mit einer Liste die fehlenden Löhne ein. Der Chef schickt Rambo-Trupps mit Panzerwagen.

FOTOS: MICHAEL SCHICK (2) / KEYSTONE

panzerten Wagen! Sie bedrängen die Streikenden und versuchen, die LKW wegzufahren. Doch die Fahrer wehren sich. Und auch die Polizei greift ein und verhaftet den Unternehmer sowie 15 seiner Schergen. Stefan Körzell vom DGB-Bundesvorstand fordert Konsequenzen: «Dass der Inhaber einen paramilitärischen Schlägertrupp einschliesslich Panzerfahrzeug schickt, um einen Protest zu beenden, ist ungeheuerlich!»

SOLI-GRÜSSE AUS SÜDKOREA

Die Streikenden wollen dennoch weitermachen. «Von so was lassen wir uns keine Angst einjagen – das macht uns umso entschlossener», sagt Beridze. Die umstehenden Kollegen nicken. Die Stimmung ist heiter. Und noch etwas hat der Mazur-Boss mit seiner Aktion erreicht: Der Kampf der Fahrer hat es in die internationalen Schlagzeilen geschafft. Und die öffentliche Unterstützung ist enorm. Täglich kommen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus der Region vorbei und bringen Lebensmittel. Und zuletzt traf sogar aus Südkorea eine Videobotschaft ein. Und was für eine! Während einer Trucker-Demonstration in Seoul tönte es aus tausend Kehlen: «Kollegen in Europa, bleibt stark! Gewinnen wir den Streik mit internationaler Solidarität!»

*Namen geändert



la suisse existe
Jean Ziegler

DAS SPIEL MIT DEM TOD

Frühling 2023: Wir stehen an der Schwelle fürchterlicher Hungersnöte in Afrika, dem Nahen Osten und Asien. Hauptverantwortlich dafür ist der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine.

Die Ukraine war bis dahin eine der Hauptproduzentinnen und -exporteurinnen von Getreide. Die Bevölkerung von 45 Ländern – insbesondere der

Von den Opfern der Hungersnot trennt uns nur der zufällige Ort unserer Geburt.

südlichen Hemisphäre – hing von der ukrainischen Getreidezufuhr ab. Beispiel Ägypten:

Die 102 Millionen Ägypterinnen und Ägypter leben vom Fladenbrot, das zu einem Drittel vom Staat finanziert wird. Ägypten importierte bis 2021 rund 12 Millionen Getreide, 7 Millionen davon aus der Ukraine.

KORRIDOR. In Genf gleicht die Botschaft der Russischen Föderation einer mittelalterlichen Festung. Stacheldrahtverhaue, sieben Meter hohe Betonmauern, bewaffnete Wachtposten an allen Ecken des Geländes. Dort verhandeln seit Mitte März türkische Diplomaten, Uno-Beamte und Vertreterinnen Russlands und der Ukraine. Es geht um die Erneuerung des Nahrungsmittelkorridors im Schwarzen Meer. Denn die Exportwege für ukrainisches Getreide sind mehrheitlich blockiert. Odessa als ukrainischer Haupthafen im Schwarzen Meer befindet sich zwar immer noch unter ukrainischer Kontrolle. Aber das offene Meer wird beherrscht von der russischen Kriegsflotte.

Sommer 2022: Russland und die Ukraine schliessen mit der Uno und der Türkei einen Vertrag über die Errichtung eines international gesicherten Korridors für den Export ukrainischen Getreides über das Schwarze Meer zum Bosphorus. Die Uno prüft die Ladung in Odessa, die Türkei stellt die Schiffe zur Verfügung und prüft, dass keine Waffen auf dem Rückweg in die Ukraine befördert werden. Der Vertrag wurde von Russland dreimal hintereinander suspendiert und soll nun – gelingen die Genfer Verhandlungen – wieder voll rechtskräftig werden.

EXPORTVERBOT. Zusätzliche Gründe für die unmittelbaren Hungersnöte sind die Embargogesetze, die andere bedeutende Nahrungsmittelexporteure soeben verhängt haben, um ihre eigene Bevölkerung zu schützen. Beispiele: das Getreideembargo von Indien, das Fleischexportverbot von Argentinien, das Palmölembargo Indonesiens.

Der Food Price Index der FAO (der Uno-Spezialorganisation für Landwirtschaft und Ernährung) misst die Marktpreisentwicklung einer Anzahl von Grundnahrungsmitteln. Seit Jahresbeginn ist der Index um 37,2 Prozent gestiegen. Das heisst: Selbst wenn die ärmsten Länder auf dem Weltmarkt noch Grundnahrungsmittel kaufen könnten, wären sie ausserstande, diese zu finanzieren.

WO IST DIE HOFFNUNG? Die Hoffnung heisst World Food Program (Welternährungsprogramm) der Uno, das die humanitäre Soforthilfe gewährleistet. Es lebt von den Beiträgen der reichen Industrienationen. Sein Budget jedoch ist im März 2023 nur zur Hälfte gedeckt. Sofortige Sonderzuschüsse sind unabdingbar.

Die Schweiz muss die Beiträge zur Rettung von Millionen hungernder Menschen massiv erhöhen. Denn was uns von den Opfern trennt, ist nur der zufällige Ort unserer Geburt.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam im Frühling 2022 als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.

«Ausserordentliche Session» zum CS-Debakel Ein Nein ohne Folgen und pflüdiweiche Aufträge

SP, Grüne und SVP mochten Finanzministerin Keller-Sutters Bankenrettungsdeal nicht abknicken. Doch sonst bekam sie und die Finanzindustrie, was sie wollten: die Lizenz zum Zeitspiel. Viel versprechen, wenig machen – bis nach den Wahlen und bis zum nächsten Crash.

CLEMENS STUDER

Die Credit Suisse hat während Jahrzehnten weltweit Skandal an Skandal gereiht, mehr Boni ausbezahlt als Gewinn erwirtschaftet und den Aktienkurs auf mikroskopische Grösse geschrumpft. Sie profitierte davon, dass die rechte Parlamentsmehrheit nach

Entscheiden konnte das Parlament zu den Milliarden für den UBS-CS-Deal real nichts.

der UBS-Retung 2008 viel von «nie wieder» geredet, aber sämtliche Vorschläge zur Zahlung der Grossbanken abgelehnt hat. Stattdessen trugen SVP, FDP, GLP und Mitte das «Too big to fail»-Konzept wie eine Monstranz vor sich her. Dieses erwies sich bei der ersten Gelegenheit, für die es eigentlich gedacht war, als das, wofür es die Linke immer gehalten hatte: als unbrauchbar.

Ebenfalls als nicht wirklich brauchbar erwies sich die Finanzmarktaufsicht (Finma). Zwischen ihr und der Finanzindustrie ist eine Drehtür eingebaut: mal ist man Kontrollleurin, mal Kontrollierte. Die Finma führt zwar 600 Mitarbeitende auf der Lohnliste. Von denen «beaufsichtigten» gerade mal sechs fix die CS. Ab dem vergangenen Sommer spitzte sich die Lage der Credit Suisse zunehmend zu. Aufsicht und Bundesrat wurden informiert. SVP-Finanzminister Ueli Maurer zog es daraufhin offensichtlich vor, seinen Rücktritt zu geben, bevor die Bombe detonierte. Am 19. März legten dann Bundesrat und Nationalbank notfallmässig 259 Milliarden Franken auf den Tisch des internationalen Finanzcasinos, um das herrschende Bankensystem zu retten (work berichtete: [rebrand.ly/UBS-CS-Deal](https://www.rebrand.ly/UBS-CS-Deal)). In der Woche nach der Bankenrettung kündigte Finanzministerin Keller-Sutter einen Angriff auf die Witwenrenten an und verkündete die Absicht, bei den Bundesbeiträgen für die AHV zu kürzen.

Die «Ausserordentliche»

Weil die Milliardenpritze für das Bankensystem ausserhalb der ordentlichen Kompetenzen des Bundesrates liegt, griff die Regierung zu Notrecht. So wie das die Bürgerlichen immer tun, wenn die Interessen des Kapitals gefährdet sind (siehe Artikel rechts). Das Parlament sollte sie im nachhinein absegnen. In diesem Jahrhundert gab es erst drei «ausserordentliche Sessioenen». Zwei Mal spielten die Finanzindustrie (Swissair-Grounding und jetzt CS-

Crash) eine Rolle, einmal ging es um eine andere Seuche (Corona). Zu entscheiden hatten die Parlamentarierinnen und Parlamentarier zu den Milliarden für den UBS-CS-Deal real nichts. Denn der Bundesrat hatte schon unterschrieben. Darum ist das Nein nicht mehr als ein Zeichen: Die Volksmilliarden bleiben auf dem Casino-Tisch.

VIELE WORTE, KAUM TATEN

Während der zwei Sessionstage gaben sich FDP, GLP und Mitte verbal empört über die «Versager-Manager» der CS. Um sich einen Atemzug später gegen jegliche wirksamen Massnahmen auszusprechen. Sie warnten vor «unbedachten Schnellschüssen», «Hüftschüssen» und «Schüssen ins eigene Bein», als könnten die verbalen Knaller übertönen, dass es ja die Bürgerlichen waren, die das Bankstertum am Paradeplatz erst ermöglichten und weiter ermöglichen wollen. Sie plädierten für «eine Auslegeordnung», für «saubere Analysen» – ganz so, als lägen die Fakten nicht längst auf dem Tisch, wenn sie von rechts nicht seit Jahrzehnten unter ebendiesem gewischt würden. Sie hoffen, so weiterfahren zu können wie bisher.

Statt Massnahmen zu beschliessen, überwies das Parlament ein paar Prüfaufträge, für deren Erledigung sich der Bundesrat Zeit lassen will.

Fast erhellernd, als was SVP, FDP, GLP und Mitte angeblich oder tatsächlich wollen, war denn auch, was sie nicht wollen. Beziehungsweise, worüber sie gar nicht sprechen mochten. Ein paar Beispiele:

- die längst behandlungsreife SP-Motion zum Thema «Wirksame Sanktionen der Finma gegen fehlbare Finanzinstitute»;
- die längst behandlungsreife SP-Motion zum Thema «Höhere Eigenkapitalanforderungen an global tätige Grossbanken»;
- die längst behandlungsreife SP-Motion mit dem Titel «Keine Bonuszahlungen für systemrelevante Banken»;
- die längst behandlungsreife Interpellation zu «Verbesserungspotential bei der Strategie der Finma zur Beurteilung der Risiken und Szenarien?»;
- eine Taskforce zur Sicherung der Tausende von Arbeitsplätzen, die wegen der CS-Übernahme durch die UBS akut gefährdet sind.

Was kommt?

Der Bundesrat prüft jetzt, was ihm das Parlament zur Prüfung überwiesen hat. Dafür wird er Monate beanspruchen. Ob den markigen Worten und Beteuerungen von SVP, FDP, GLP und Mitte auch Taten folgen werden, wissen wir erst nach den Wahlen. Die Erfahrungen aus der letzten Bankenrettung zeigen: Daran sind erhebliche Zweifel angebracht.

Ob eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) zu den ganzen Vorgängen um die CS und ihrer mit 259 Milliarden Volksvermögen forcierten Übernahme durch die UBS eingesetzt wird, wird frühestens in der Sommersession entschieden. Allfällige Ergebnisse gib es auch hier logischerweise erst nach den Wahlen.



VERBLASSTER GLANZ: Die Schalterhalle der Credit Suisse – die damals noch Schweizerische Kreditanstalt (SKA) hiess – am Zürcher Paradeplatz, 1929. FOTO: KEYSTONE

Die Rettung der Credit Suisse folgt einem seit den 1930er Jahren bekannten Schema

Um die Finanzindustrie zu retten, legt der Bundesrat die Demokratie auf Eis

Wenn es um die Interessen der Lohnabhängigen und von Rentnerinnen und Rentnern geht, wollen die Bürgerlichen kein Geld haben. Für den Finanzplatz stellen sie aber mit leichter Hand enorme Summen Volksvermögen zur Verfügung. Das hat eine lange Geschichte.

PHILIPP MÜLLER*

Am 2. September 1933 will der Bundesrat die Finanzpolitik des Bundes bis auf weiteres dem Referendum entziehen und damit dem Notrecht unterstellen. In seinem Antrag ans Parlament schreibt er: «Wir sind überzeugt, dass (...) das Schweizer Volk, das so oft und mit Recht nach straffer Führung ruft, nach Überwindung erster Interessenhemmungen das Verständnis für das Gebot des raschen Handelns aufbringen wird, besonders wenn ihm aus dem Beispiel von Bundesversammlung und Bundesrat, aus der grosszügigen Behandlung des Finanzproblems, das für die Zukunft des Landes von entscheidender Bedeutung ist, der zündende Funke des Solidaritätsgedankens entgegenschpringt.»

BEIM GELD HÖRT DER SPASS AUF

Andere Zeiten, andere Sitten? Wohl eher nicht. Denn beim Geld hört der Spass schnell auf und mit ihm auch die Hochhaltung hehrer liberaler Prinzipien wie etwa dasjenige des freien Spiels der Marktkräfte oder der strengen Trennung von Staat und Wirtschaft. Die Aushebelung des Referendums und das Regieren per Notrecht gehören seit bald 100 Jahren zum Grundgerüst des Staatsverständnisses der bürgerlichen Politik angesichts von grossen Kapitalismuskrisen. Und prägen jetzt auch die Rettung der Credit Suisse qua Übernahme durch die UBS. Wir sehen wieder den Rückgriff auf Notrecht, um aus bürgerlicher Sicht als lebenswichtig erachtete Landesinteressen zu schützen – beziehungsweise: sie durchzudrücken –, und den massiven Staatsinterventionismus zur Unterstützung des Finanzplatzes.

Dieser Beitrag versucht, die Rolle des Staates bei den jüngsten Ereignissen aus einer historischen Perspektive einzuordnen und gleichzeitig die Geschichte des selektiven Staatsinterventionismus der Schweiz darzustellen. «Selektiv» meint in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass die bürgerlichen Parteien staatliche Eingriffe immer ablehnen – ausser sie dienen direkt den Interessen des Kapitals.

Entgegen einem hartnäckigen bürgerlichen Mythos war der schweizerische Bundesstaat seit seiner Gründung 1848 ein zentraler Akteur in der Regulierung wirtschaftlicher Aktivitäten. Zunächst auf die Handelspolitik beschränkt, nahm dieser Interventionismus im Zusammenhang mit der grossen weltweiten Wirtschaftskrise Ende des 19. Jahrhunderts neue Formen an. Die Grundlagen im Bereich der Landwirtschaft und des Gewerbes wurden gelegt. Während der Wachstumsperiode vor dem Ersten Weltkrieg waren die

Verstaatlichung der Eisenbahn und die Gründung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) der deutlichste Ausdruck einer verstärkten Präsenz des Bundes in der Wirtschaft.

Mit dem Ersten Weltkrieg wurde ein wichtiger Wendepunkt erreicht. Die Landesregierung übernahm früher unbekannt Kontrollfunktionen auf dem Gebiet des Aussenhandels. Das Krisenmanagement der Nachkriegsjahre von 1920 bis 1923 wurde seinerseits von der direkten Unterstützung dreier wichtiger Zweige der schweizerischen Wirtschaft durch den Bund geprägt: Hotellerie, Stickerei-Industrie und Landwirtschaft.

GROSSBANKEN RETTEN

Während der Krise der 1930er Jahre erlebte diese Politik eine nachhaltige Verschärfung. Der damals praktizierte selektive Staatsinterventionismus sollte die Schweiz bis in die 1990er Jahre prägen. Die Eidgenossenschaft beteiligte sich zum ersten Mal am Betriebskapital zweier zentraler Sektoren der Privatwirtschaft, nämlich der Uhrenindustrie und der Banken. Die wichtigsten Arbeitgeber der Uhrenindustrie forderten die Gründung einer

«Superholding der Uhren», der Asuag. Bundesrat und Parlament unterstützten die Mitzeichnung des Kapitals dieser Holding und delegierten einen Vertreter der Vorgängerin des heutigen Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) in ihren Verwaltungsrat. Damit waren die Grundlagen des Korporatismus in der Uhrenindustrie – also der massiven Zurückdrängung des freien Wettbewerbs – gelegt, der die Branche bis in die 1970er Jahre prägen sollte. Also die Verflechtungen zwischen dem Bund, den organisierten Interessen der Branche und den Banken.

Angesichts der Gefahr einer allgemeinen Bankenkrise intervenierte der Bundesrat mit Rückgriff auf das Notrecht in den 1930er Jahren ebenfalls massiv. Um diese Krise zu verhindern, beschlossen Regierung und Parlament, zwei damalige Grossbanken direkt mit Bundesmitteln zu unterstützen und vor dem Konkurs zu bewahren. Die Finanzspritzen des Bundes beliefen sich auf die Hälfte des Bundesbudgets, was heute mehr als 40 Milliarden Franken entspräche. Die «Schweizerische Diskontbank» konnte nicht vor dem definitiven Grounding bewahrt werden. Die Schweizerische Volksbank schon. Um die Verwendung der Staatsmillionen zu kontrollieren, nahm damals auch ein Direktor der Nationalbank Einsitz in die Generaldirektion der Volksbank.

BAUERN KAUFEN

Die Reaktion der Eidgenossenschaft auf die damalige Krise in der Landwirtschaft war in erster Linie politisch motiviert. Ab Ende des 19. Jahrhunderts sicherten die Bürgerlichen ihre Allianz mit dem Bauernstand durch eine zunehmend interventionistische Agrarpolitik ab. Während der 1930er Jahre ruhte diese Politik auf zwei Säulen. Die erste war die Abschottung des Binnenmarktes durch die Aussenhandelspolitik. Die zweite die Subventionspolitik der Bauern durch öffentliche Gelder. Zuerst stützte der Bundesrat den Milchpreises stark. Dann unterstützte er die einheimische Getreideproduktion durch eine Aufkaufpolitik mit garantierten Preisen.

Im Unterschied zum landwirtschaftlichen Interventionismus und der direkten Unterstützung von Teilen der Exportindustrie und des Finanzplatzes könnte man die eidgenössische Politik gegenüber dem Binnenhandel und dem Gewerbe als

«Intervention durch Nichtintervention» charakterisieren. Tatsächlich liess die Eidgenossenschaft die wachsende Kartellbildung im Gewerbe einfach zu und unterstützte diese teilweise aktiv. Auch hier ging es darum, die privilegierte Verbindung mit einem wichtigen sozialen und politischen Akteur zu erhalten.

Die energischen Aktionen des Staates zugunsten der wichtigsten Wirtschaftszweige des Landes standen in starkem Gegensatz zu den äusserst schwachen Antworten auf die soziale Krise. 1933 stellte der Bundesrat lakonisch fest: «Trotz des grossen Einsatzes privater Hilfsorganisationen ist die Armut in vielen Regionen des Landes gross.» Die Arbeitslosenversicherung und die Altersvorsorge waren schwach entwickelt und schützten meist nicht vor bitterer Armut und dem Gang auf das Fürsorgeamt.

Das in den 1930er Jahren verfestigte Modell des selektiven Staatsinterventionismus prägte und prägt seither das Land. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs und dank dem Druck der politischen und gewerkschaftlichen Linken konnte zwar der teilweise massive Rückstand im Bereich der Sozialversicherungen und der sozialen Sicherheit reduziert werden, die Schweiz blieb jedoch hier bis in die 2000er Jahre im (west)europäischen Vergleich unterentwickelt.

Im Gewerbe und in der Landwirtschaft wurde die selektive Marktabschottung zu Beginn der 1990er Jahre unter dem Druck des international ausgerichteten Flügels der Arbeitgeber durch die Revision des Kartellgesetzes und vor allem durch die Reorganisation der staatlichen Massnahmen zur Unterstützung der Landwirtschaft teilweise aufgehoben.

DER FALL UBS

Die Rettung der UBS 2008, die grösste Staatsintervention im Bankensektor seit den 1930er Jahren, wurde ihrerseits nach grundsätzlich bekannten Mustern abgewickelt. Erstens: durch die diskrete enge Zusammenarbeit zwischen Bundesrat, hohen Beamten der Finanzverwaltung, der Generaldirek-

tion der SNB und der Bankenleitung im Vorfeld der Öffnung des Rettungsschirms. Zweitens: durch Beschlüsse in einem engen Kreise Eingeweihter mit dem Argument der Dringlichkeit. Drittens: durch das Verhindern einer demokratisch breit abgestützten Debatte – insbesondere über die von der Linken geforderte direkte Beteiligung des Bundes an der UBS. Viertens: durch die aus finanzpolitischer Warte effizient umgesetzte Interventionspolitik, die dem Bund Zinserträge in Milliardenhöhe auf den gewährten Krediten und Darlehen in die Kasse spülte.

Im Falle der Credit Suisse kamen die ersten beiden Punkte identisch zur Anwendung. Ob sich die massive Staatsintervention auch diesmal finanzpolitisch auszahlen wird, werden wir erst in ein paar Jahren wissen. Wegen der horrenden Summen, die auf dem Spiel stehen, ist das Risiko für die Eidgenossenschaft und damit für die schweizerische Demokratie gross.

IMMER WIEDER «NOTRECHT»

2008 berief sich der Bundesrat auf Artikel 184, Absatz 3, und Artikel 185, Absatz 3 der Bundesverfassung, um die Notrechtsmassnahmen zur Rettung der UBS zu rechtfertigen. Verfassungsrechtlerinnen und -rechtler bezeichnen diese Artikel als «innen- und aussenpolitische Polizeigeneral Klauseln». Es lohnt sich, den Wortlaut der jeweiligen Bestimmungen zu zitieren. Artikel 184 betrifft die Beziehungen zum Ausland. Absatz 3 bestimmt: «Wenn die Wahrung der Interessen des Landes es erfordert, kann der Bundesrat Verordnungen und Verfügungen erlassen.»

Artikel 185 handelt von der äusseren und inneren Sicherheit des Landes. Laut Absatz 3 kann der Bundesrat «unmittelbar gestützt auf diesen Artikel, Verordnungen und Verfügungen erlassen, um eingetretenen oder unmittelbar drohenden schweren Störungen der öffentlichen Ordnung oder der inneren oder äusseren Sicherheit zu begegnen». Übrigens: Absatz 4 dieses Verfassungsartikels sagt: «In dringlichen Fällen kann er [der Bundesrat] Truppen aufbieten.» Er kann bisher nicht zur Anwendung.

Der am 17. März 2023 vom Bundesrat bekanntgegebene massive Staatseingriff in den Finanzplatz

verlief verfassungsrechtlich nach einem Schema, dessen Wurzeln in die 1930er Jahre reichen. Kurz: Im Falle der Wahrung der Interessen des Finanzplatzes wird die Demokratie als Störfaktor erachtet, und die Landesregierung greift zu den «Polizeigeneral Klauseln». Also zu Instrumenten, die eigentlich nur im Falle einer massiven Bedrohung der äusseren und inneren Sicherheit angewendet werden sollen. Ob dies im Falle einer drohenden Bankenkrise gerechtfertigt sei, ist fragwürdig.

NUR FÜR BANKEN HAT'S IMMER GELD

Der hohe Grad an Selektivität des schweizerischen Staatsinterventionismus zeigt sich jedenfalls in den vergangenen Wochen mit irritierender Klarheit. Da sind einerseits die Milliarden, die in einer kurzen Zeit für den Finanzplatz bereitgestellt werden und die dem Bundesrat das Schulterklopfen der Finanzministerinnen und Währungshüter der Welt beschern. Da ist andererseits die bürgerliche Parlamentsmehrheit, die eine BVG-Revision mit dem Ziel beschliesst, die Renten zu senken und gleichzeitig die Lohnabzüge zu erhöhen. Da ist ein bürgerlich dominierter Bundesrat, der bei der AHV sparen will. Da ist ein Bürgerblock im Parlament, der sämtliche staatlichen Massnahmen zur Bekämpfung der Inflation – zum Beispiel die Regulierung der Energiepreise und der Mieten oder die Verbilligung der Krankenkassenprämien für Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen – mit einem arrogant-müden Lächeln vom Tisch wischt.

So nackt stand uns die Brutalität des selektiven Staatsinterventionismus der bürgerlichen Mehrheit schon lange nicht mehr vor Augen. Es liegt in den Händen der Linken, dies zu nutzen, um ihr politisches und gesellschaftliches Gewicht zu stärken und dafür zu sorgen, dass der «zündende Funke des Solidaritätsgedankens» in die richtige Richtung überspringt.

* Philipp Müller ist promovierter Wirtschaftshistoriker und Präsidialsekretär der Unia. Er ist Mitglied des Denknetz-Vorstands. Das Denknetz ist ein sozialkritischer Think-Tank, der Grundlagenarbeit zu aktuellen Themen aus Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitspolitik leistet. Der Artikel von Philipp Müller erschien zuerst auf denknetz.ch und steht hier in einer leicht bearbeiteten Fassung.



VOLKS-MILLIARDEN-ZOCKERIN: FDP-Finanzministerin Karin Keller-Sutter bekam zwar den Segen des Parlaments nicht, die Finanzindustrie dürfte mit ihr trotzdem zufrieden sein. FOTO: KEYSTONE

Das Leben ist schön, solange nichts passiert.



suva.ch/regeln

Deshalb gibt's die lebenswichtigen Regeln.

Halte dich an deine lebenswichtigen Regeln
und sag bei Gefahr «Stopp»!

Öl-Embargo: Wie die Schweiz Kriegsgewinnlern in die Hände spielt Nichtstun, wegschauen und kassieren

Der Bund hat zwar die Öl-Sanktionen gegen Russland unterzeichnet. Dennoch fliessen Öl und Geld munter weiter – mit gütiger Mithilfe der Schweiz als zentraler Handelsplatz.

RALPH HUG

Die G-7-Länder und die EU haben letztes Jahr die Einfuhr von russischem Öl verboten. Es soll verhindern, dass Russlands Präsident Wladimir Putin mit den Erlösen weiterhin Krieg gegen die Ukraine führen kann. Auch die Schweiz hat sich angeschlossen. Wer mit russischem Öl handelt, muss einen Preisdeckel von 60 Dollar pro Fass einhalten. Recherchen der Nichtregierungsorganisation Public Eye zeigen jetzt, wie das Embargo umgangen wird.

Die grossen Akteure haben ihren Sitz in der Schweiz.

Public Eye ist in den Besitz von Verkehrsdaten des sibirischen Ölhafens Kozmino bei Wladiwostok gelangt. Dort verkehren die Öltanker so munter wie eh und je, werden abgefüllt und laufen ins Meer aus. Doch es sind nicht mehr dieselben Schiffe wie zuvor. Plötzlich legen teils ältere Tanker an, die unter anderen Flaggen fahren, zum Beispiel von Malta. Insider berichten, dass es sich um eine «Geisterflotte» handelt: Russland habe sie aufgezo-gen, um die Herkunft des Rohöls zu verschleiern. Auf hoher See werden ganze Ölladungen in andere Tanker umpumpt.

GEISTERFLOTTEN

Auch sind die grossen Ölhandelsfirmen aus den Listen verschwunden. Dafür tauchen aus dem Nichts neue auf, sogenannte Pop-up-Firmen. Niemand weiss, wer genau dahintersteckt. Einige Unternehmen wurden erst vor kurzem in Dubai oder Hongkong gegründet, wo keine Sanktionen gegen Russland gelten. Public Eye schreibt: «Diese Firmen stehen im Verdacht, als Strohfirmer für die grossen Akteure zu fungieren.» Die grossen Akteure sind bekannte Rohstoffkonzerne wie Vitol, Trafigura, Gunvor oder Glencore. Sie haben einen gemeinsamen Sitz in der Schweiz, meist in Genf oder in Zug.



ÜBER UMWEGE: Tanker im Hafen Zhoushan (China) unter der Flagge der Marshall-Inseln. Russisches Öl wird vermehrt über neue Händler und Routen vertrieben. FOTO: IMAGO

SCHAUPLATZ GENF
Offiziell haben sie unter dem Druck der Sanktionen den Handel mit russischem Öl aufgegeben. Dieses Business hat ihnen bisher Profite in Milliardenhöhe in die Kasse gespült. Und tut es erstaunlicherweise weiterhin. Davon profitiert auch der Kanton Genf: Er hat für 2022 sage und schreibe 1,3 Milliarden Franken mehr Steuern eingenommen als budgetiert. Unter dem Embargo-Regime hat sich aber der Markt verändert. Laut Public Eye tre-

ten vermehrt dubiose Zwischenhändler und Mittelsmänner auf. Oder unbekannte Firmen mit blumigen Namen wie Sunrise, Everest, Belatrix oder Petkim. Eine andere heisst Tejarinaft und steht im Verdacht, eine Strohfirma des staatlichen russischen Ölkonzerns Rosneft zu sein. Insider wundern sich, dass solche Nobodies überhaupt in der Lage sind, grosse Ölfrachten zu transportieren sowie Versicherungen und Finanzierungen zu erhalten. Ein klarer Hinweis darauf, dass im Hintergrund alte Netzwerke aktiv sind.

Besonders geschäftig ist die kleine Genfer Firma Paramount. Sie hat seit der russischen Invasion im russischen Hafen Kozmino fast hundert Tanker mit Rohöl geladen – eine riesige Fracht von 72 Millionen Fass. So viel, dass Paramount nun plötzlich in der obersten Liga des Ölhandels mitspielt. Die Branche rätselt über

Trotz Sanktionen: Seco bleibt passiv

Wer überprüft, ob die Öl-Sanktionen gegen Russland, die die Schweiz übernommen hat, auch eingehalten werden? Formell ist dafür das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) zuständig. Doch dieses tut: nichts.

KEINE KONTROLLEN. Man verzichte auf Kontrollen und setze auf die Selbstverantwortung der Branche, so die Antwort der Behörde auf Anfrage von Public Eye. Im Gegensatz zu andern Staaten muss in der Schweiz also niemand Käufe von russischem Öl melden oder Kontrollen zulassen. Kriegsgewinnler aller Art könnten sich nichts Besseres wünschen. (rh)

russische oder chinesische Banken, die diese Firma womöglich heimlich finanzieren. Auffällig ist laut Public Eye, dass Paramount fast alle Hinweise auf Russland von der Website entfernte, als sie wegen ihres kometenhaften Aufstiegs immer mehr ins Gerede kam.

Die ganze Recherche zum Nachlesen gibt es auf publiceye.ch.

«Dini Mueter» lädt ein Gipfeltreffen zu Betreuung

Die Vorbereitungen für den Frauenstreik vom 14. Juni laufen auf Hochtouren – auch bei der «Eidgenössischen Kommission dini Mueter» (EKDM). Jetzt lädt die «Kommission» zum grossen Gipfeltreffen nach Bern. Eingeladen sind alle Frauen, die sich um Kinder kümmern – also Mütter, Tanten, Gotti, Betreuerinnen, Lehrerinnen, Nachbarinnen usw. Auch die Kinder selbst sind natürlich willkommen. Auf dem Tagesprogramm stehen Transpi malen, Siebdruck, Kulinarik, Austausch und Diskussion. Dazu gibt's ein Kinderkonzert sowie eine Comedy-Show von Slampoeitin und work-Kolumnistin Sandra Künzi.



Gipfeltreffen «dini Mueter», 13. Mai, 10 bis 22 Uhr, Heitere Fahne, Dorfstrasse 24, 3084 Wabern bei Bern. Anmelden unter rebrand.ly/gipfeltreffen.

Reportagen und Portraits Menschen «am Rand»

Klaus Petrus war einst Philosophieprofessor in Bern. Doch 2012 griff er zu Stift und Kamera und wurde Reporter – mit Erfolg. Seine Berichte gehen unter die Haut, handeln von Krieg, Migration, Armut. Und sie zerstören Klischees und Stereotype. So auch «Am Rand», sein neues Buch über «Getriebene, Eigensinnige, Abgehängte, Unsichtbare» in der Schweiz. Da ist zum Beispiel der alte Trinker, der seinen Fusel in edle Flaschen umfüllt. Dort die Prostituierte, deren Kinder glauben, sie arbeite in Zürich als Therapeutin. Oder die verarmte Rentnerin, die trotz täglichem Existenzkampf sagt: «Der Tod kann mich mal!» Petrus' Portraits rütteln auf, weil sie höchst persönlich sind. Aber auch, weil sie zeigen, dass wir «in der Mitte» der Gesellschaft die «Randständigen» brauchen. Um uns selbst zu bestätigen.

Klaus Petrus: **Am Rand. Geschichten von Menschen am Rand der Gesellschaft**, Christoph-Merian-Verlag, Basel 2023, 191 Seiten, Fr. 29.–.

Neuer Unia-Podcast Aus Heft wird Video

Chemielaborantinnen, Polymechaniker oder Uhrenarbeiterinnen: fast 50 000 Unia-Mitglieder arbeiten in der Industrie. Sie erhielten bisher nicht nur work zugesandt, sondern vierteljährlich auch das branchenspezifische Unia-Heft «Input Industrie». Neu gibt's das «Input» nicht mehr gedruckt, sondern frisch und bewegt als Video- und Audio-Podcast. Mit News, Reportagen, Rechtstipps und mehr. Die erste Folge ist bereits online. Als Video auf Youtube und als Audio-Podcast auf Spotify. Reinschauen und Feedback geben!



Unter unia.ch/ industrie-news oder direkt via QR-Code.

workxl der wirtschaft

David Gallusser



VERKAUF: WENIGER TIEFLÖHNE DANK GESAMTARBEITSVERTRÄGEN

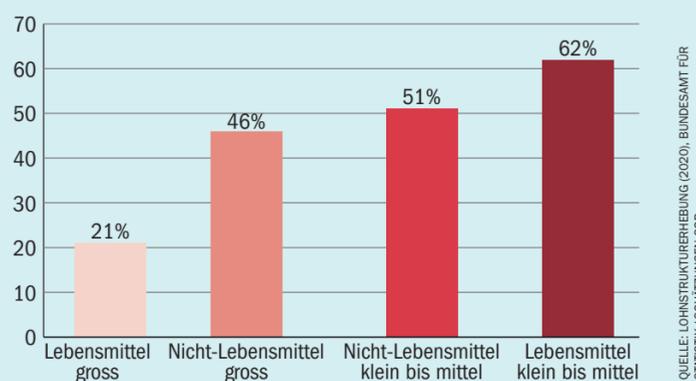
Zwischen den Unternehmen im Detailhandel können Welten liegen: Mit Coop und Migros treten auf der einen Seite Milliardenkonzerne auf, die je fast 100 000 Mitarbeitende beschäftigen. Auf der anderen Seite zählen zum Detailhandel auch die lokale Metzgerei oder die kleine Modeboutique, deren Umsätze und Anzahl Beschäftigte überschaubar sind. Auch die Löhne liegen in der Branche teilweise weit auseinander (siehe Grafik). So arbeitet bei den grossen Lebensmittelhändlern eine von fünf Verkaufsstellen zu einem Monatslohn unter 4500 Franken bei einem Vollzeitpensum. Bei den kleinen bis mittleren Lebensmittelhändlern sind es hingegen fast zwei von drei Verkäuferinnen und Verkäufern.

FOOD-HÄNDLER BESSER. Erklärbar sind diese Unterschiede zunächst mit der Grösse der Unternehmen. Grosse Firmen können nicht nur höhere Preise verlangen, sondern auch mit tieferen Kosten wirtschaften. Entsprechend können sie ihren Mitarbeitenden etwas höhere Löhne zahlen, ohne tiefere Profite hinnehmen zu müssen. Grösse allein erklärt aber nicht den ganzen Lohnunterschied. Das zeigt der Vergleich innerhalb der gesamten Branche. So verdienen bei grossen Unternehmen im Non-Food-Bereich ganze 46 Prozent der Mitarbeitenden weniger als 4500 Franken. Während es bei den grossen Lebensmittelhändlern «nur» 21 Prozent sind. Ein wesentlicher Grund dafür sind Gesamtarbeitsverträge (GAV). Während von den grossen Lebensmittelhändlern in der Schweiz nur Denner und Aldi keinen GAV kennen, ist die Abdeckung im übrigen Detailhandel wie etwa in Kleider- und Möbelläden, Sportgeschäften usw. lückenhafter. Mindestlöhne und Lohnverhandlungen, die für bessere Löhne in der Breite sorgen könnten, sind dort seltener.

DRUCK HILFT. Für starke GAV braucht es starke Gewerkschaften, deren Mitglieder in den Betrieben und in der Öffentlichkeit Druck machen. Die Unia zeigt, wie es geht: Seit Ende der 1990er Jahre gelang es ihr mit ihren

Tieflohnvergleich: grosse Lebensmittelhändler besser

Anteil Verkaufsmitarbeitende mit Löhnen unter 4500 Franken (Vollzeit), aufgeteilt nach Sparte und Firmen mit mehr als 1000 Beschäftigten (gross) bzw. weniger als 1000 Beschäftigten (klein bis mittel).



Kampagnen, den Tieflohnanteil im Verkauf bei den grossen Lebensmittelhändlern von 35 Prozent auf heute 21 Prozent zu senken. Doch trotz dem Erfolg: Jeder Tieflohn bleibt einer zu viel. Die grossen Detailhändlerinnen müssen die Beschäftigten

jetzt stärker am wirtschaftlichen Erfolg beteiligen. Und die übrigen Detaillisten müssen endlich die Tief-löhne anheben.

David Gallusser ist Ökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).



Das offene Ohr

Krankheit: Was gilt während der Kündigungsfrist?
 Ich wurde am 1. Januar 2022 angestellt und erhielt im Dezember die Kündigung. Die vereinbarte Kündigungsfrist betrug einen Monat, demnach sollte das Arbeitsverhältnis per Ende Januar 2023 enden. Leider wurde ich am 16. Januar 2023 krank. Ich habe gehört, dass bei Krankheit die Kündigungsfrist unterbrochen und nach einer bestimmten Sperrfrist wieder fortgesetzt werde. Mein Chef hat mir gesagt, dass die Sperrfrist in meinem Fall 30 Tage betrage. Ist das korrekt so?

MYRIAM MUFF: Nein. Weil Sie Ihre Kündigung zwar noch im ersten Dienstjahr erhalten haben, Ihre Kündigungsfrist aber erst im zweiten Dienstjahr endete, kommt in Ihrem Fall die Sperrfrist des zweiten Dienstjahres zur Anwendung.



IN RUHE GESUND WERDEN: Im Krankheitsfall steht die Kündigungsfrist sofort und für eine gewisse Dauer still. FOTO: ADOBE STOCK

Diese beträgt 90 statt 30 Tage. Grundsätzlich gelten folgende Sperrfristen:
 • 1. Dienstjahr: 30 Tage,
 • 2. bis 5. Dienstjahr: 90 Tage,
 • ab dem 6. Dienstjahr: 180 Tage.
 Wenn die Krankheit nach Erhalt der Kündigung auftritt, steht die Kündigungsfrist ab dem Zeitpunkt der Krankheit still. Sie läuft erst weiter, wenn der oder die Mitarbeitende wieder gesund ist, spätestens jedoch nach Ablauf der Sperrfrist. In Ihrem Fall heisst das: Ihre Kündigungsfrist dauerte einen Monat, im Januar sind dies insgesamt 31 Tage. Bevor Sie am 16. Januar krank wurden, sind bereits 15 Tage Ihrer Kündigungsfrist abgelaufen. Die verbleibende Frist von 16 Tagen lief erst weiter, sobald Sie wieder gesund waren, spätestens jedoch nach Ablauf der für Sie anwendbaren Sperrfrist von 90 Tagen. Sollten Sie also nach wie vor nicht gesund sein, heisst das, dass Ihre Sperrfrist bis am 15. April 2023 dauerte. Die noch verbleibenden Tage der Kündigungsfrist dauerten bis am 1. Mai 2023. Da das Arbeitsverhältnis auf Ende des betreffenden Kalendermonats endet, wären Sie demnach noch bis Ende Mai 2023 angestellt.

Witwenrente und IV: Erhalte ich beide Renten?

Ich beziehe eine Witwenrente und müsste mich aus gesundheitlichen Gründen bei der Invalidenversicherung anmelden. Angenommen, mir wird dann eine IV-Rente der Invalidenversicherung zugesprochen: Erhalte ich dann sowohl die Witwen- als auch die IV-Rente?

MYRIAM MUFF: Nein. Der Anspruch einer Witwen- oder Witwerrente erlischt zwar gestützt auf das Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) grundsätzlich nur, wenn die verwitwete Person wieder heiratet oder wenn sie verstirbt. Allerdings ist es so, dass beim gleichzeitigen Bezug einer Witwenrente und einer Invalidenrente nur die höhere Rente ausbezahlt wird. So regelt es das Gesetz (AHVG, Artikel 24b). Wenn Sie also eine IV-Rente zugesprochen erhalten, wird geprüft, wie hoch diese ausfällt. Ist die IV-Rente höher als Ihre Witwenrente, erhalten Sie fortan nur noch die IV-Rente. Oder umgekehrt, falls die Witwenrente höher ist als jene der IV-

Frauenstreik 2023: Machen Sie sich bereit für den grossen Streiktag am 14. Juni Damit die lila Welle wieder rollt!

Auch 2023 braucht es einen Frauenstreik. Damit es mit der Gleichstellung endlich vorwärtsgeht statt rückwärts! In der ganzen Schweiz arbeiten Hunderte Frauen schon jetzt daran, dass der 14. Juni wieder ganz gross wird. Werden auch Sie laut!

MARIA KÜNZLI

Wir alle haben die Bilder noch im Kopf: Ein Meer aus Violett und eine halbe Million Frauen und solidarische Männer, die in der ganzen Schweiz für mehr Gleichstellung auf die Strasse gingen.

Das war am 14. Juni 2019. Doch trotz der historischen Mobilisierung von damals gibt es noch viel zu tun! Ob bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, prekärer

Werden Sie aktiv, auch am Arbeitsplatz. Ihre Gewerkschaft hilft Ihnen dabei.

ren Frauenlöhnen, Altersarmut, unbezahlter Care-Arbeit oder sexualisierter Gewalt. Und neuerdings geht es mit der Gleichstellung sogar wieder rückwärts statt vorwärts: Die Corona-Pandemie hat alte Rollenbilder wiederaufleben lassen. Der nicht erklärbare Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern ist wieder gestiegen. Und statt mehr Rente gibt's für Frauen künftig weniger: Nach der AHV-Abstimmung im letzten Herbst müssen sie neu ein Jahr länger arbeiten. Das bedeutet eine AHV-Renteneinbusse von 1200 Franken. Pro Jahr und pro Frau, bis ans Lebensende!

Streikgründe gibt's also mehr als genug. Finden Sie nicht auch? Dann werden Sie jetzt aktiv! Und so geht's:

MACHEN SIE SICH SCHLAF

In welchen Bereichen werden Frauen immer noch benachteiligt? Wie ist die Situation in der Schweiz? Was sagt die Statistik? Informieren Sie sich über den Ist-Zustand! Denn mit Fakten an der Hand lässt es sich besser argumentieren. Das Bundesamt für Statistik (BFS) veröffentlicht auf seiner Website regelmässig die sogenannten «Indikatoren der

Gleichstellung von Mann und Frau» mit den neusten Zahlen (rebrand.ly/gleichstellungszahlen). Ebenfalls interessant ist es zu sehen, wie die Situation in Sachen Gleichstellung von Mann und Frau in anderen Ländern aussieht. Auch hierzu bietet das BFS aktuelle Zahlen (rebrand.ly/gleichstellung-international).

Argumente und Fakten liefern auch die Onlineportale des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (14juni.ch) und der Unia (unia.ch/frauenstreik).

Folgen Sie ihnen auch auf Social Media. Zum Beispiel auf Instagram unter [@14juni23](https://www.instagram.com/14juni23) und [@unia_schweiz](https://www.instagram.com/unia_schweiz). Dort bleiben Sie auf dem Laufenden, finden alle Streikargumente einfach aufbereitet und können sie direkt mit anderen teilen. Genauso wichtig wie Fakten: Reden Sie über Ihre persönlichen Erfahrungen. Als Hausfrau, die Gratisarbeit leistet, als Frau in einem «klassischen» Frauen- oder Männerberuf oder als berufstätige Mutter, die Arbeit und Familie unter einen Hut bringen muss. Bringen Sie Frauenthemen aktiv ein, zum Beispiel am Familientisch, unter Freundinnen oder am Arbeitsplatz.

WERDEN SIE AKTIV

Wie läuft es an Ihrem Arbeitsplatz in Sachen Gleichstellung? Ist Ihr Lohn Ihrer Qualifikation und Ihrer Position angemessen? Falls Sie unsicher sind: Machen Sie den Test! Auf der Website der Unia können Sie Ihre Arbeitsbedingungen mit ein paar Klicks ganz überprüfen: rebrand.ly/gleichstellungstest.

Falls Sie in Ihrem Betrieb etwas verändern und am Streiktag eine Aktion organisieren möchten, melden Sie sich bei der Unia oder bei der Gewerkschaft, die für Ihre Branche zuständig ist. Einen Überblick finden Sie hier: rebrand.ly/sgb-gewerkschaften. In vielen



FRAUENPOWER: In der Berner Marktgasse entrollten am grossen Frauenstreik 2019 rund 200 Verkäuferinnen ihren Forderungen. FOTO: ANNETTE BOUTELLIER / LUNAX

WORKTIPP

WARUM VIOLETT?

Violett ist die Frauenstreik-Farbe. Denn: Violett besteht aus einer ausgewogenen Mischung von Rot und Blau und symbolisiert damit die Gleichstellung der Geschlechter. So war Violett – oder Lila – schon Anfang des 20. Jahrhunderts die Farbe der Frauenbewegung.

PURPURSCHNECKEN. Ausserdem ist Violett die Farbe der Macht. Könige und Herrscher zeigten sich gerne in purpurfarbenen Umhängen. Das rötliche Violett wurde aufwendig aus dem Sekret von Purpurschnecken hergestellt und galt als die teuerste Farbe der Welt. Möchten Sie Ihre Kleider selbst färben, geht's auch ohne Schnecken, zum Beispiel mit Kirschen und dieser Anleitung: rebrand.ly/selber-faerben.

GRÜNDEN SIE IHRE EIGENE GRUPPE

Wenn Sie sich lieber nicht einem bestehenden Kollektiv anschliessen möchten, können Sie auch eine eigene Streikgruppe gründen – im Freundeskreis, unter den Arbeitskolleginnen, in Ihrem Verein oder im Quartier finden sich bestimmt Gleichgesinnte! Sie könnten zum Beispiel ein grosses Plakat mit Ihren gemeinsamen Forderungen gestalten und damit am Streiktag für Aufsehen sorgen. Inspiration für weitere Aktionen finden Sie auf den Websites der einzelnen Streikkollektive (siehe vorherigen Abschnitt).

SCHLIESSEN SIE SICH EINEM KOLLEKTIV AN

Es gibt verschiedene regionale und kantonale Frauengruppen, Streikkollektive und Frauennetzwerke, die sich regelmässig treffen und bereits Aktionen für den 14. Juni planen. Haben Sie eine konkrete Idee und brauchen Unterstützung bei der Umset-

zung? Oder möchten Sie einfach mal in die Arbeit eines Streikkomitees reinschnuppern und sich vielleicht in einer Arbeitsgruppe engagieren? Sie sind in jedem Fall willkommen. Eine Übersicht über alle Kollektive finden Sie unter: [feministischerstreik.ch](https://rebrand.ly/feministischerstreik.ch).

14. Juni

FRAUENSTREIK 2023

LOHN, ZEIT, RESPEKT!

Gründe für einen neuen Frauenstreik gibt's mehr als genug. Deshalb beschloss der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) im vergangenen November, den feministischen Streik am 14. Juni 2023 zu unterstützen. Mit diesen Hauptforderungen:

MEHR LOHN: Die sofortige Umsetzung der gesetzlich verankerten Lohngleichheit. Gezielte Lohnerhöhungen in Branchen mit tiefen und mittleren Löhnen und einem hohem Frauenanteil. Flächendeckende monatliche Mindestlöhne von 4500 respektive 5000 Franken bei abgeschlossener Berufsbildung. Und: anständige sowie existenzsichernde Renten ohne weitere Erhöhungen des Rentenalters.

MEHR ZEIT: Die Einführung von Arbeitszeiten, die planbar und familienkompatibel sind. Eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 bis maximal 35 Stunden pro Woche zugunsten der unbezahlten Care-Arbeit. Und: Sicherstellung einer flächendeckenden und bezahlbaren Kinderbetreuung durch die öffentliche Hand.

MEHR RESPEKT: Nulltoleranz bei sexualisierter Gewalt und Sanktionen für die Täter und Täterinnen. Prävention zur Verhinderung von sexueller Belästigung und Sexismus am Arbeitsplatz. Und: Die sofortige Unterzeichnung und Umsetzung der ILO-Konvention 190 gegen sexualisierte Gewalt am Arbeitsplatz.

Weitere Infos und Forderungen: 14juni.ch und auf unia.ch/frauenstreik.

MACHEN SIE SICH SICHTBAR

Wo Sie am 14. Juni auch sein werden: machen Sie auf sich und die Anliegen der Frauen aufmerksam. Dazu gibt es ganz einfache Möglichkeiten: Hängen Sie eine Streikfahne an Ihrem Balkongeländer oder aus Ihrem Fenster, tragen Sie einen Streik-Button oder kleiden Sie

Sie können sich Ihr Streik-Outfit natürlich auch selber basteln: Bemalen Sie zum Beispiel ein weisses Kleidungsstück mit einem violetten Textilmarker (im Bastelladen erhältlich). Auf einem grossen weissen T-Shirt haben einige Forderungen Platz...

SEIEN SIE DABEI!

Organisieren Sie am 14. Juni eine Aktion an Ihrem Arbeitsplatz, gehen Sie auf die Strasse, demonstrieren Sie mit und werden Sie laut. Auf der Website der lokalen Streikkomitees werden fortlaufend Aktionen und Treffpunkte aufgelistet.

Noch ist vieles in der Planungsphase und deshalb noch nicht online. Schauen Sie einfach regelmässig vorbei oder abonnieren Sie den Newsletter Ihres Kollektivs und Ihrer Gewerkschaft. Der feministische Newsletter der Unia hält Sie auf dem Laufenden: rebrand.ly/streik-newsletter.

«WIR HABEN GENUG!»

Die Uhrnarbeiterinnen im Jura genauso wie die Reinigungsfrauen in Luzern: sie haben genug von Diskriminierung. Und sind dabei am 14. Juni. Im **Unia-Video-Countdown** erzählen sie, warum. Schauen Sie rein: unia.ch/countdown-frauenstreik

sich in der Streikfarbe Violett. Im Shop des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und auf der Unia-Website werden Sie fündig: 14juni.ch/#material und rebrand.ly/unia-streik-kit.

So bleibt das Osternest länger geniessbar Halten Sie den Schoggihasen vom Kühlschrank fern

FRISCH UND LUSTIG bleibt der Hase, wenn er in einer Blechdose oder im Keller gelagert wird. FOTO: SHUTTERSTOCK



Ei, ei, ei: Ostern ist vorbei. Das Osternest ist aber immer noch prall gefüllt? Hier erfahren Sie, was wie lange haltbar ist und wie Sie Eier, Schokohasen & Co. am besten lagern.

MARIA KÜNZLI

Ein buntes Osternest macht nicht nur Kinder glücklich. Doch auch die grössten Schleckmäuler kriegen es nicht immer sofort leergefüttert. Das können Sie tun, damit Ihre Osternest-Schatze möglichst lange haltbar sind:

DAS EI IN DEN KÜHLSCHRANK Das Wichtigste in jedem Osternestli ist natürlich das Ei – hart gekocht und bunt bemalt. Nach Ostern sollten Sie die Eier

im Kühlschrank aufbewahren. So bleiben sie sicher ein bis zwei Wochen geniessbar. Wenn das Ei gut riecht und normal aussieht, kann es in der Regel bedenkenlos gegessen werden. Ein Tipp: Hart gekochte Eier bleiben länger haltbar, wenn Sie sie nach dem Kochen nicht abschrecken. Durch den Temperaturschock können in der Eierschale kleine Risse entstehen und Keime eindringen. Das verkürzt die Haltbarkeit.

Die Schoggi in den Keller Grundsätzlich gilt: Schokolade schmeckt frisch am besten. Richtig gelagert, sind Osterhasenschokolade und

Chokoeier aber meist auch über das Mindesthaltbarkeitsdatum hinaus geniessbar. Egal, ob noch verpackt oder bereits

Kleine Zuckereier eignen sich bestens als Deko für Muffins.

angeknabbert: Schokolade sollte Sie immer luft- und lichtgeschützt lagern, zum Beispiel in einer Gussfolie. Temperaturschwankungen mag der Schoggihasen gar nicht. Die ideale Lagertemperatur liegt bei 12 bis 18 Grad, also zum Beispiel im Keller. Schokolade

sollten Sie nicht im Kühlschrank aufbewahren. Die Feuchtigkeit im Kühlschrank kann den Zucker auflösen und graue Flecken hinterlassen. Ausserdem nimmt Schokolade schnell den Geruch von anderen Lebensmitteln an, auch deshalb ist der Kühlschrank kein guter Lagerungs-ort. Je heller die Schokolade ist, desto empfindlicher reagiert sie auf äussere Einflüsse wie Licht und Temperatur. Dunkle Schokolade mit hohem Kakaanteil ist am widerstandsfähigsten.

Die Truffes schnell essen Für Pralinés gilt in Sachen Lagerung dasselbe wie für Schokohasen. Die Haltbarkeit ist aber je nach Sorte unterschiedlich. Pralinés mit Marzipan,

Gianduja- oder Likörfüllung sind länger haltbar als Rahmtruffes. Diese sollten Sie möglichst schnell essen. In den ersten drei Tagen verlieren sie am meisten an Geschmack, danach bleibt er relativ konstant. Grundsätzlich sollten Sie Pralinés nicht länger als zehn Tage aufbewahren.

Die Zuckereier einfrieren Die kleinen Zuckereier sind wegen des hohen Zuckergehalts und des Zuckermantels mehrere Monate lang haltbar. Ein Tipp für die Weiterverarbeitung: Frieren Sie die Zuckereier ein und zerleinern Sie sie anschliessend in einem Cutter

oder von Hand im Mörser. Streuen Sie die bunten Zuckerteilchen als Dekoration über Muffins, Torten oder Glaces.

Das Marzipan in die Folie Lacht Ihnen ein süsses Marzipanhuhn aus dem Osternest entgegen, das Sie nicht sofort essen möchten? Dann haben wir eine gute Nachricht für Sie: Marzipan ist etwa drei bis vier Monate haltbar. Wie Schokolade verhält sich Marzipan kein direktes Sonnenlicht, kann aber in der ungeöffneten Verpackung gut bei Zimmertemperatur gelagert werden. Ist die Packung einmal angebrochen, wickeln Sie das Marzipan am besten in Frischhaltefolie ein und bewahren es im Kühlschrank auf.

LEBENSMITTEL

EWIG HALTBAR

Es gibt Lebensmittel, die – richtig aufbewahrt – kaum verderben können. Zum Beispiel Zucker. Dieser entzieht Pilzen und Bakterien das Wasser und damit ihre Lebensgrundlage. Auch Honig wird nicht schlecht, sofern man ihn sauberhält. Also weg mit dem butterverschmierten Messer! Weitere unverderbliche Lebensmittel sind Maisstärke, weisser Reis, Wasser in Glasflaschen, Salz, reiner Weissweinessig und Schnaps. (mk)

Von Schoggihasen zu Schoggi-crème: Feine Osterrezepte

Aus Osterhasenschokolade lassen sich feine Desserts zubereiten. Zum Beispiel Schokoladencrème, Grillbananen oder Fondue.

Für eine feine Osterhasenschokolade vermischen Sie einen halben Liter Milch, 1 Esslöffel Maizena, 2 frische Eier und 1 bis 2 Esslöffel Zucker mit einem Schwingbesen in einer weiten Pfanne. Zerbröckeln Sie 100 bis 150 Gramm Hasenschokolade (am besten dunkle) und geben Sie sie ebenfalls in die Pfanne. Bei mittlerer Hitze und unter ständigem Rühren heiss werden lassen, aber nicht ganz zum Kochen bringen! Die Pfanne sofort vom Herd nehmen und etwa 2 Minuten weiterrühren. Giessen Sie die Crème danach durch ein Sieb in eine Schüssel, bedecken Sie sie direkt mit Klarsichtfolie, damit sich keine

Haut bildet. Jetzt nur noch auskühlen lassen. Guten Appetit!

OSTER-BANANEN. Haben Sie zu viele Schoko-Ostereier? Füllen Sie Bananen damit: Die Banane ungeschält längs auf, aber nicht ganz durchschneiden. 4 Schoko-Eier hineinstecken. Banane in eine Grillschale oder auf ein mit Backpapier belegtes Blech legen und in der oberen Hälfte des auf 200 Grad vorgeheizten Ofens grillieren. Noch nicht sündig genug? Servieren Sie die Grillbanane mit geschlagenem Rahm! Falls es noch schneller gehen soll: Schneiden Sie verschiedene Früchte in Stücke, schmelzen Sie die Osterhasen in einer Pfanne (nicht zu heiss!) – fertig ist das Schokoladenfondue. (mk) Alle Rezepte zum Nachschlagen finden Sie auf bettybossi.ch.

workrätsel Gewinnen Sie ein K-Tipp-Abo!



K-Tipp.
Wir testen für Sie.
Wer abonniert, profitiert.

LÖSUNG, GEWINNERIN UND GEWINNER AUS NR. 6
Das Lösungswort lautete: **WOHNUNGSNOT**



DEN PREIS, 3 Coop-Gutscheine à je Fr.100.-, haben gewonnen: Roland Hediger, Wil SG; Heinz Krähenbühl, Bollodingen BE; Vita Marty, Beringen SH.
Herzlichen Glückwunsch!

Läden mit Vereinsartikeln			Hit der Rolling Stones	Humus	freier Web-browser			salziges Gewässer	früh. Steuerabgabe	Autokz. Kanton Uri	Funkortungsverfahren		eingefräste Rille		Schnelligkeit	anderer Name v. Apostel Paulus	Wintersportort im Kt. GL	Gibt es nicht mehr
Blutarmut		6						laute Mitteilungen					2		trocken (Wein)			
Nasallaut			Abscheu erregen		Bericht, Sachvortrag								US-Filmtrophäe		wenn, zu der Zeit			
Kolonist								Weltreligion		Holzfallerutensilmz.		Rauschmittel aus Mohn			4			studentische Verbindung
		11			Kuhlaute von sich geben		Achtung, ...-Büros!								Gärfutterbehälter Mz.		früher, vergangen	
Schantisch, Bartisch			fettig, trübig		UBS, die neue ...-Bank							alkohol. Traubensaft Mz.		ital. Tomatensauce				
Kastors Bruder								Nahrung im Mund zerkleinern		ge-schäftig		Be-wohner v. Wales						
					scha-den-ersatz-pflichtig		junge Rinder							Wie man sich ..., so liegt man.		schweiz. Partei		
nordgerman. Götter	spielt mit dem Feuer (Staatspräsident)		Geburts-helferin									nur geistig vor-handen		Fussbe-kleidung (engl.)				
Greif-vogel							Wachol-der-schnaps		nord-amerik. Wildrind		jedoch, während					umso		Heil-behand-lung
					Ab-schnitt des Korans		Blumen-strauss							1	Disney-figur: ... und Stroch		Fürwort im Dativ (2. Pers.)	
alter Klavier-jazz (Kw.)			uneben, holprig								5	kroat. Insel		Treppe				7
Dieb-stahl mit Gewalt					ital. Tonbez. für das D		frz. Artikel		bunte Tanz-show						13	Blut-gruppe		Prä-po-sition
Tierein-geweide			kosbar, selten				Gast-haus						Lehre v. Gleich-gewicht					
										Schwer-metall					Gegen ... - Ex-zesse			

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

Lösungswort einsenden an:
work, Postfach, 3000 Bern 16,
oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 21. April 2023

INSERAT



UNIA

Bist du Unia-Mitglied? Du arbeitest in der Industrie?
Und Fragen aus der Welt der Arbeit bewegen dich?

Dann ist die Online-Veranstaltung im Rahmen unserer Reihe Industrie-News genau das Richtige für dich. Am **28. April um 18 Uhr diskutieren wir** mit unserem Gast-Experten David Gallusser über den Teuerungsausgleich.
Melde dich an unter industrie@unia.ch oder scanne den QR Code.



WORKLESERFOTO



Bella Vista

WANN 31. März 2023

WO Mailand (I)

WAS Glaskuppel in der Einkaufspassage Galleria Vittorio Emanuele II
Eingesandt von Urs Oskar Keller, Landschlacht am Bodensee TG

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.

Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»



INSERAT

Die Unia ist die grösste Gewerkschaft der Schweiz. Mit unseren rund 180 000 Mitgliedern und 1200 Mitarbeitenden engagieren wir uns für faire Arbeitsbedingungen und eine soziale Schweiz. Dies dynamisch und kämpferisch. Möchten Sie sich für eine gute Sache einsetzen? Lernen wir uns kennen.



Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.

Für die nationale Abteilung Kommunikation und Kampagnen suchen wir per sofort oder nach Vereinbarung eine:n

Leiter:in Abteilung Kommunikation und Kampagnen 80–100%

Das bewegen Sie

Sie leiten das rund 20köpfige Team Kommunikation und Kampagnen der Gewerkschaft Unia. Gemeinsam mit Ihren Mitarbeitenden konzipieren Sie unsere Kampagnen und setzen sie um. Sie organisieren Grossevents, verantworten die Produktion von Kommunikationsmitteln und koordinieren die Medienarbeit sowie unsere Online-Aktivitäten. Sie unterstützen die nationalen Leitungsgremien der Unia in Kommunikationsfragen, vertreten die Unia gegenüber der Öffentlichkeit und stellen in Zusammenarbeit mit den Unia-Regionen, den Unia-Zeitungen und der Marketingabteilung die Information unserer Mitglieder sicher.

Das bringen Sie mit

- Mind. fünf Jahre Berufserfahrung in der Kommunikation, idealerweise im politischen Arbeitsumfeld
- Erfahrung in politischer Kampagnenarbeit
- Führungserfahrung und Durchsetzungsvermögen
- Hohe konzeptionelle Fähigkeiten und gewerkschaftspolitische Sensibilität
- Teamfähige, belastbare und kommunikative Persönlichkeit, die auch im hektischen Alltag einen kühlen Kopf behält
- Bereitschaft, gelegentlich am Wochenende und am Abend zu arbeiten
- Abgeschlossenes Studium oder eine Weiterbildung mit Bezug zum Fachbereich von Vorteil
- Sehr gutes Deutsch in Wort und Schrift, gutes Französisch, Italienisch von Vorteil

Das bieten wir

Bei der Unia kommen Sie in den Genuss von fortschrittlichen Arbeitsbedingungen. Unter anderem: mindestens 5 Wochen Ferien, ein fairer Lohn sowie attraktive Elternurlaube. Wir unterstützen Teilzeitarbeit. Dazu gehört auch, dass Sie Beruf und Familie vereinbaren können. Zudem fördern wir Ihr Entwicklungspotential. Freuen Sie sich auf ein wertschätzendes, kollegiales und lebhaftes Umfeld mit flachen Hierarchien.

Sind Sie interessiert?

Senden Sie Ihr komplettes Bewerbungsdossier bis am 23. April 2021 per E-Mail an: bewerbung.be@unia.ch.

Ihre Fragen zur Stelle beantwortet der derzeitige Leiter Kommunikation und Kampagnen, Christian Capacoel, gerne unter Telefon 078 847 18 45.

WORKPOST

WORK 6 / 31.3.2023: «PFLEGT EUCH INS KNIE! 200 EURO - JETZT ODER NIE»

Streiken lernen

Wie meine Verdi-Kolleginnen und -Kollegen letztthin sagten, sie würden nun ganz langsam von den Franzosen lernen. Wann lernen wir von den Deutschen?

FRANTIŠEK MATOUŠ, VIA FACEBOOK

WORK 6 / 31.3.2023: EU-MINDESTLOHN-RICHTLINIE III: NEUE SOZIALE STANDARDS

Mehr Transparenz

Eine Stärkung bringt auch die neue EU-Gesetzgebung zur Lohntransparenz. Konkret müssen Unternehmen handeln, wenn ihr geschlechtsspezifisches Lohngefälle über 5% liegt. Und zwar müssen sie dann in Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmervertreterinnen eine gemeinsame Lohn- und Gehaltsbewertung durchführen. Das Gleichstellungsgesetz in der Schweiz kennt keine solche Verpflichtung, die Gewerkschaften einzubeziehen. Das muss sich ändern!

NATALIE IMBODEN, VIA WORKZEITUNG.CH

WORK 6 / 31.3.2023: BANK KRANK, ÄRZTE AUCH, SYSTEM SOWIESO

Verlogen

Verlogene bürgerliche Politik.

WILLY HONEGGER, VIA FACEBOOK

WORK 5 / 17.3.2023: DIE ANTI-SOZIALEN

Keine Politiker

Politiker, wo nöd fürs Volk lueged, sind kei Politiker.

MILENA BRACALÉ, VIA FACEBOOK

WORK 3 / 17.2.2023: KAUFKRAFTVERLUST AUF DEM SPARKONTO - TAUGEN WERTPAPIERE ALS ALTERNATIVE?

Genossenschaft statt Finanzcasino

Pfui! In einer Arbeiterzeitung Tipps zum Geldanlagen? Gaat s eigentli no? Dass wir alle selber indirekt über die Pensionskassen Aktien besitzen (zwangsweise), ist ein Skandal und sicher nicht eine Rechtfertigung, selber am Finanzcasino teilzunehmen.

Irgendwer zahlt immer drauf für die Gewinne der Kapitalisten. Seien es die Angestellten des gewinnträchtigen Betriebes, seien es die Konsumentinnen und Konsumenten, die überhöhte Preise zahlen müssen, seien es die engagierten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im globalen Süden, die oft sogar mit ihrem Leben bezahlen. Und in den allermeisten Fällen sind es unsere Nachkommen: Viele Gewinne werden mit mehr oder weniger komplizierten Finanzkonstrukten aus der Zukunft in die Gegenwart geholt.

Wenn jemand zu viel Geld hat, dann kann dieses auch zinsfrei einer sinnvollen Institution (zum Beispiel einer Genossenschaft) zur Verfügung gestellt werden. Ja, zinsfrei! Und übrigens: Der nächste Finanzcrash kommt so bestimmt wie das Amen in der Kirche. Die grossen Haie werden dann natürlich wie immer ihren Reibach machen und die kleinen Anleger viel von ihrem Ersparten verlieren. Umverteilung von unten nach oben.

HERI BENDER, ZÜRICH

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work@redaktion.leserbrieftage.ch, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16

MONUMENTAL: Suzanne Zaslowski vor dem Uhrenkmal in La Chaux-de-Fonds. Es erinnert an die Bedeutung der Uhrenindustrie für die Region. FOTO: XAVIER VOIROL

SUZANNE ZASLAWSKI BÜCHER UND BERGE

«Ich bin ein neugieriger Mensch», sagt Suzanne Zaslowski. Zu Hause in Le Locle stöbert sie gern in Buchhandlungen. Und wenn ein Titel sie anspricht, kauft sie das Buch. Meist sind es Bücher über Geschichte, Politik oder Kultur. Ausser mit Lesen verbringt sie ihre Freizeit gerne in der Natur. Zusammen mit ihrem Partner wandert sie durch die Juralandschaft, im Winter mit Schneeschuhen. Oder sie erkunden neue Winkel der Schweiz: «Ich liebe die Berge», sagt die gebürtige Kamerunerin.

HAMILTON. Am Handgelenk trägt sie, natürlich, eine Uhr aus dem Hause Swatch. Eine Hamilton. Diese amerikanische Traditionsmarke wurde 1972 von der Swatch-Vorgängerin SSIH aufgekauft und wird heute in Biel hergestellt. «Vielleicht hatte ich die Zeiger schon mal in den Händen», sagt Zaslowski und schmunzelt. Der Normalpreis des Modells liegt bei über tausend Franken – das läge für eine Arbeiterin wie sie nicht drin. Aber zweimal pro Jahr werde den Mitarbeitenden ein Modell mit grossem Rabatt angeboten. «So konnte ich die Uhr für 250 Franken kaufen. Ja, das ist ein Vorteil an diesem Job.»



Uhrenarbeiterin Suzanne Zaslowski (46) arbeitet mit teuren Metallen und höchster Konzentration

«Fühle mich wie eine Magierin»

Uhrenarbeiterin Suzanne Zaslowski verwandelt Uhrzeiger aus Messing in Gold. Das habe etwas Magisches, sagt sie. Gar nicht bezaubernd seien dagegen die Löhne für Frauen in der Uhrenindustrie.

CHRISTIAN EGG

Die Zeiger einer Uhr sind aus Messing. Doch bevor sie in einer Tissot oder in einer Omega landen, verwandelt sie Suzanne Zaslowski in edle Stücke. Sie taucht sie in Bäder mit Metallsalzlösungen, die unter Strom stehen. Galvanisieren heisst dieser Vorgang. Und obwohl er für die gelernte Uhrenarbeiterin Alltag ist, fasziniert er sie jedesmal. Denn am Ende besteht die Oberfläche des Zeigers aus – Gold. Zaslowski strahlt und sagt: «Dann komme ich mir vor wie eine Magierin.» Statt Gold könne es auch Nickel sein, das besonders beständig ist. Oder Rhodium, eines der teuersten Metalle der Welt, das derzeit gut 8000 Dollar pro Unze (31 Gramm) kostet.

WELTWEIT. Für jede Ladung Zeiger stellt die Uhrenarbeiterin am Computer die Bäder richtig ein. Damit die Magie auch funktioniert. Darauf hat sich ihre Arbeitgeberin,

die Firma Universo in La Chaux-de-Fonds im Neuenburger Jura, spezialisiert: Die gut 500 Mitarbeitenden stellen Ziffern, Balken oder Punkte für Uhrzifferblätter her – und hauptsächlich Zeiger. Die Firma ist Teil der Swatch-Gruppe und beliefert deren 17 Uhrmarken. Inklusiv Swatch, wie Suzanne Zaslowski nicht ohne Stolz sagt: «Die Zeiger von jeder Swatch, die irgendwo auf der Welt verkauft wird, kommen von uns.»

Doch bei allem Stolz sagt sie auch: «Wenn ich hätte wählen können, mein Lebensweg sähe anders aus.» Nach einer naturwissenschaftlichen Matura in Kamerun, wo Zaslowski aufgewachsen war, wollte sie Medizin studieren. Doch dann starb der Vater, und sie musste Geld verdienen. Also machte sie eine Ausbildung zur Sekretärin für Buchhaltung und fing in einer Bank an. Dort lernte sie ihren Mann kennen, einen Schweizer mit russisch-ukrainischen Vorfahren – «daher mein slawischer Nachname». 2007 kam Suzanne Zaslowski mit ihm in die Schweiz und machte eine Grundausbildung zur Uhrenarbeiterin, die einer zweijährigen Lehre entspricht.

2000 ZEIGER. Bei Universo kann Zaslowski mit ihrer Ausbildung verschiedene Aufga-

ben übernehmen. Seit gut einem Jahr macht sie Qualitätskontrollen. Mit einer Pinzette steckt sie jeweils zehn fertige Zeiger nebeneinander auf eine Karte. Durch eine Lupe prüft sie jeden einzelnen auf Fehler. Viel Zeit hat Zaslowski dafür nicht: Pro Tag muss sie 2000 Zeiger kontrollieren, so die Vorgabe. Bei einem Achtstundentag macht das pro Zeiger 14 Sekunden.

Nein, eine angenehme Aufgabe sei das nicht, sagt Zaslowski: «Acht Stunden stillsitzen, immer unter einer viel zu hellen Lampe – das ist streng.» Und obwohl links und rechts sieben, acht Kolleginnen dasselbe tun, fühle sich die Arbeit einsam an. Denn plaudern würde die Konzentration stören.

In der Produktion sind die Frauen in der Mehrheit. Und in der Qualitätskontrolle arbeiten sogar nur Frauen. Männer, sagt Zaslowski schelmisch, hätten dafür zu wenig Geduld. Doch gleich wird sie wieder ernst. Denn obwohl diese Arbeit schwieriger und verantwortungsvoller sei als andere Aufgaben, lägen die Löhne der Frauen in der Uhrenindustrie deutlich unter jenen der Männer. Zahlen des Bundesamts für Statistik zeigen: Uhrenarbeiterinnen verdienen 25 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Die Lohnungleichheit liegt in der Uhrenbranche somit weit über dem Schweizer Durchschnitt von 18 Prozent.

TABU. Ihren genauen Lohn solle work bitte nicht erwähnen, sagt Zaslowski: «Unsere Löhne sind ein richtiges Tabuthema! Die Chefs wollen auf keinen Fall, dass sie bekannt werden.» Aber es wird klar: Ihr Salär ist, trotz Ausbildung und neun Jahren Berufserfahrung, nicht weit entfernt vom Branchen-Mindestlohn für Ungelernte. Und der beträgt für den Kanton Neuenburg 3960 Franken brutto, plus dreizehnten Monatslohn. Doch diese Ungerechtig-

keit wollen viele Uhrenarbeiterinnen nicht länger hinnehmen, sagt Zaslowski. Denn: «Schliesslich sind es wir Frauen, die die Firmen am Laufen halten.»

Damit endlich Schluss ist mit der Diskriminierung, macht sich die 46jährige gleich doppelt stark: Als aktives Unia-Mitglied hilft sie bei der Mobilisierung für den neuen Uhren-GAV mit. Die Verhandlungen laufen, die Unia fordert unter anderem schärfere Lohngleichheitskontrollen (rebrand.ly/uhren-gav). Und am feministischen Streiktag am 14. Juni wird Zaslowski ihre Forderungen zusammen mit ihren Kolleginnen lautstark auf die Strasse tragen.

PLÖTZLICH POLITIK. Damit nicht genug. Seit zwei Jahren ist die Uhrenarbeiterin Mitglied des Stadtparlaments von Le Locle. Für die Partei der Arbeit (PdA), die mit 12 Abgeordneten im 41köpfigen Rat die zweitgrösste Fraktion stellt. Sie habe nicht mit einer Wahl gerechnet, gesteht Zaslowski. Die Partei habe noch Kandidierende gesucht, um die Listenplätze zu füllen. Dann habe sie plötzlich viel mehr Stimmen erhalten, als sie erwartet hätte. Jetzt sitzt Zaslowski sogar im siebenköpfigen Büro des Stadtrates. Und das heisst: Falls sie 2025 wiedergewählt wird, amtiert sie ein Jahr lang als Ratspräsidentin. «Das macht ein bisschen Angst – mais bon, dann mache ich das halt», sagt sie und lacht.

Nach der ersten Überraschung habe sie jetzt Gefallen an der Arbeit im Parlament gefunden, erzählt Zaslowski: «So kann ich die Frauen vertreten. Vor allem die Frauen mit Migrationshintergrund.» Nächstes Jahr wählt Neuenburg das Kantonsparlament. Sie überlege sich, dafür zu kandidieren. Einen kurzen Moment hält die Uhrenarbeiterin inne. Dann sagt sie: «Warum eigentlich nicht?»



MILLIMETERARBEIT: Uhrenarbeiterin Zaslowski bearbeitet die filigranen Zeiger, die zuvor aus Metallstreifen geschnitten wurden. Zum Schluss werden die Zeiger auf einer Karte plziert und mit einer Lupe genauestens kontrolliert. FOTOS: PD

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia. Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. Postadresse Postfach, 3000 Bern 16. Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18. E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch. E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch. Internet www.workzeitung.ch.
Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau (Produzentin/Redaktionsleiterin), patriciadincau@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darja Knežević, darjaknezevic@workzeitung.ch. Mitarbeit an dieser Nummer Daniel Behuzzi, Peter Bodenmann, Roland Erne, Oliver Fahrni, David Gallusser, Laura Gonzalez, Sandra Künzi, Maria Künzi, Philipp Müller, Paul Streck, Clemens Studer, Jean Ziegler. Gestaltung/Layout Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch. Korrektorat Urs Remund, ursemund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold. Sekretariat Fabienne Jallily (Di, Mi, Fr vormittag), verlag@workzeitung.ch. Anzeigenmarketing Fabienne Jallily, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch. Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. Abonnement Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch. Auflage 65005 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.